

Themenbrief zur Bürgerbeteiligung

Vorwort: Sinn und Zweck des Themenbriefs

Dieser Themenbrief zur Bürgerbeteiligung (gemeint sind alle Einwohner/innen einer Kommune) wendet sich an alle, die mit Bürgerbeteiligung zu tun haben und an alle, die an hilfreichen theoretischen und konkret praxisbezogenen Beiträgen interessiert sind.

Er kann zu einer sachlich vertieften gemeinsamen Verstehens- und Verständigungsbasis von möglichst vielen Menschen beitragen, die sich in ihren jeweiligen Rollen, Aufgaben und Bestrebungen (Bürger/innen, Verwaltung, Politik, Wirtschaft, weitere Akteur/innen der Stadtgesellschaft etc.) bei der Gestaltung und Anwendung von Bürgerbeteiligung beruflich oder ehrenamtlich engagieren.

Ein persönlicher Austausch mit dem Verfasser (werner-keil@koelnmitgestalten.de) durch Feedback und Rückfragen per Mail ist sehr willkommen. Insofern ist die Bezeichnung "Themenbrief" passend, auch wenn der Seitenumfang über einen gewöhnlichen Brief hinausgeht.

Der Themenbrief mit seinen aufeinanderfolgenden Teilen kann zudem als Reihe von Qualifizierungsbausteinen betrachtet werden, mit denen der zum Gelingen von Bürgerbeteiligung notwendige persönliche Wissens- und Erfahrungshintergrund vertieft wird bzw. dient er einer diesbezüglichen Selbsteinschätzung. Dies betrifft keineswegs allein sachliche Inhalte, sondern auch die Ebenen der "kommunikativen Kompetenz" und zielführende Werkzeuge wie das Format des "konstruktiv kritischen Diskurs".

Die Praxis guter Bürgerbeteiligung ebnet den Weg hin zur "Bürgerkommune" wirklich gelebter Demokratie und reicht über die Stimmzettellabgabe bei turnusmäßigen Wahlen alle vier oder fünf Jahre hinaus. Sie gelingt in dem Maße, wie alle zu beteiligenden Interessensgruppierungen tatsächlich dazu bereit sind, sich in einem "konstruktiv kritischen rationalen Diskurs" auf einen offenen und fairen Wettstreit der substantiellen Argumente einzulassen! Wesentliche Bausteine, um diesen gemeinsamen Kurs in Richtung voll entwickelter Demokratie zu ermöglichen und voranzubringen, sind u.a.: gute Kommunikationskultur, größtmögliche Transparenz, sorgfältige Analyse der Interessensbeteiligten (Stakeholder¹) und ihrer Handlungslogiken, gemeinsame Absprache der jeweils angewendeten Beteiligungsformate (Beteiligungsscoping²), prozessual begleitende Bürgerbeteiligung – vor allem jedoch die Erkenntnis, dass konstruktive Konfliktarbeit lustvoll sein kann und bessere Ergebnisse rascher erzielt als unproduktives unstrukturiertes Streiten sowie zu unkoordiniertes Nebeneinanderher und Aneinandervorbei von Ämtern, Gremien und anderen Akteuren. Und letztendlich entscheidend kommt es auf die persönliche Einsicht in die Notwendigkeit und die tatsächliche Bereitschaft an, den Austausch in der kooperativen Vielfalt im Interesse einer gelingenden Gegenwart und Zukunft für die Einwohner/innen unserer Städte und Kommunen wirklich zu wollen, d.h. auf die echte Bereitschaft zum Paradigmenwechsel³.

Was im Themenbrief drinsteht – eine Kurzübersicht der einzelnen Teile

TEIL A: Kurze Einführung zur Situation der Bürgerbeteiligung in unserer Gesellschaft – zum "Drei-Säulen-Modell" der parlamentarischen Demokratie und zur gegenwärtigen Chance in Köln auf ein Zeitfenster für echte Reformen mit Paradigmenwechsel

TEIL B: Der "konstruktiv kritische rationale Diskurs" – ein hilfreiches Gesprächs-, Verhandlungs- und Evaluationsformat als unabdingbare Schlüsselqualität jedes seriösen Bürgerbeteiligungsverfahrens bei konkreten Projekten und bei strategischen Planungen von Gemeinwohlinteresse

TEIL C: Grundlegende kommunikationstheoretische Zusammenhänge – Kurzüberblick inklusive eines hilfreichen praktischen Anwendungsmodells als Diagnose- und Gestaltungsinstrument

TEIL D: Wesentliche Grundelemente gelingender angewandter Bürgerbeteiligung – Transparenz, Stakeholderanalyse, Beteiligungsscoping, prozessuale Projektbegleitung – im Spannungsfeld zwischen 'neoliberaler' Marktwirtschaft und Sozialer Marktwirtschaft

TEIL E: Praktische Evaluation (Fallanalyse) von konkreten Bürgerbeteiligungsprojekten anhand der vorgestellten Qualitätskriterien – Beispiel 1: Hubschrauberrettungsstation auf der stillgelegten Chemiemülldeponie Kalkberg in Köln

¹ engl. *stake*="Anteil, Absteckpflock"; hier: Interessensbeteiligte und deren Handlungslogiken.

² engl. *scope*="Rahmen, Regelungsbereich"; hier: gemeinsame Absprache der jeweils angewendeten Beteiligungsformate (Inhalte, Abläufe, Verhandlungsspielräume)

³ lat. *paradigma*: grundsätzliche Denkweise

TEIL E: Praktische Evaluation (Fallanalyse) von konkreten Bürgerbeteiligungsprojekten anhand der vorgestellten Qualitätskriterien – Beispiel 1: Hubschrauberrettungsstation auf der stillgelegten Chemiemülldeponie Kalkberg in Köln

- **Grundlegende Informationen zum Kalkberg und was bisher mit ihm geschah ab Seite 3**
- **Zusammenfassender Überblick zu den wichtigsten Ergebnissen der Fallanalyse “Projekt Hubschrauberrettungsstation auf dem Kalkberg“ ab Seite 11**
- **Beispiel für eine Veranstaltung mit gelungenem Bürgerbeteiligungsformat beim Kalkberg-Projekt ab Seite 13**
- **Die ausführliche (Fall-)Dokumentation zum Kalkberg-Projekt anhand von neun konkreten Negativbeispielen ab Seite 21**

Einige Vorbemerkungen zur Einordnung und Orientierung: Wie in den vorangehenden Thementeilen theoretisch begründet, ist bei vielen Bürgerbeteiligungsverfahren, die unbefriedigend verlaufen oder gescheitert sind, nicht allein eine unüberbrückbar scheinende Interessenskollision ein wesentlicher Faktor. Eine weitere Ursache ist in inhaltlichen und emotionalen Kommunikationsstörungen bis hin zu Kommunikationsbrüchen zu verorten. Diese kommen zustande, wenn mit potenziellen oder auch vorprogrammierten Konflikten in negativer Weise verfahren wird – nämlich dann, wenn deren Auslöser nicht wahrgenommen oder bewusst/unbewusst ausgeklammert bzw. ‘umschiff’t werden. Dies führt entweder zu inhaltlichen Verhärtungen oder der Austausch bleibt in vager Beliebigkeit. Beides mündet recht schnell in eine kommunikative Sackgasse, ist Nährboden für Missverständnisse und Misstrauen sowie für quasi reflexhafte Polarisierungen. Zumindest aber bleibt ein fader Beigeschmack, dass “irgendwas nicht stimmt bzw. nicht richtig läuft“, weil nicht “alles auf dem Tisch ist, was eigentlich auf den Tisch gehört“. Und dies ist leider noch viel zu oft der ‘beste‘ Weg in die eingangs dieses Themenbriefs beschriebene Legitimationskrise unserer Repräsentativen Demokratie, aber auch zur Bürgerbeteiligung als “Infotainment“ und “Particitainment“.⁴

Bevor in diesem TEIL E nun eine aussagefähige Fallanalyse zum Kalkberg-Projekt mit dem Fokus Bürgerbeteiligung und auf Basis einer sorgfältigen Dokumentation vorgestellt wird, sei vorab unbedingt erwähnt, dass es sich bei dem Projekt, eine Hubschrauberrettungsstation auf eine ungenügend untersuchte Chemiemülldeponie zu bauen, um einen besonders drastischen Fall handelt, der viele Bereiche besonders gut erkennbar abdeckt, die wir vorangehend gründlich beleuchtet haben. Weder sollen die Planungs- und Realisierungsarbeiten der Kölner Stadtverwaltung in verzerrender Weise pauschal in ein negatives Licht gerückt werden, noch die politischen Entscheidungsprozesse der gewählten Repräsentant/innen im Rat, den Ausschüssen und den Bezirksvertretungen. Eine seriöse Fallanalyse zeichnet sich vielmehr durch eine differenzierte Betrachtung jedes einzelnen konkreten Beispiels aus, um dann die Projekte mit ihren unterschiedlichen Qualitätsniveaus zu würdigen. Gleiches gilt für bereichsübergreifende strategische Planungsprojekte. Das Kalkberg-Projekt ist in seinem Verlauf allerdings durchaus kein Einzelfall. Weitere Fallanalysen zu wichtigen Kölner Projekten werden im Rahmen dieses Themenbriefs folgen. Dabei finden sowohl negative als auch positive Beispiele angemessen Berücksichtigung, wobei die Zahl der positiven Beispiele mit der Rechtsgültigkeit der Leitlinien Bürgerbeteiligung ab 2018 hoffentlich deutlich ansteigen wird. Im Scheitern wie im Gelingen liegt gleichermaßen die Chance, daraus zu lernen. Ersteres erfordert den Mut zur realistischen Konfrontation dessen, was ist. Letzteres ermutigt dazu, mit den erfolgreichen Schritten weiterzumachen.

⁴ zwei kritische und gut auf den Punkt bringende Begriffe, die Klaus Selle, Professor für Stadtentwicklung an der RWTH Aachen und einer der profiliertesten Experten für Bürgerbeteiligung, in diesem Zusammenhang geprägt hat; siehe <http://www.planung-neu-denken.de/content/view/213/41>

Die neun Negativbeispiele sind deshalb negativ, weil sie eine Aneinanderreihung von Kommunikationsbrüchen auf allen Kommunikationsebenen deutlich werden lassen – und dies mit schwerwiegenden Konsequenzen sowohl im materiellen und finanziellen Bereich als auch bezüglich des Verlusts an Glaubwürdigkeit und Legitimation. Doch wie bereits erwähnt: Zielführend und zukunftsweisend ist, wenn alle Beteiligten auf allen Seiten und in allen Rollen es als Chance verstehen, den eigenen Part dabei zu konfrontieren, selbstkritisch zu betrachten und möglichst viel daran zu lernen.

Mit Konflikten kann indes auch in konstruktiver Weise umgegangen werden – nämlich dann, wenn diese bewusst zur Klärung des gemeinsamen Situationsverständnisses bei den Kommunikationsteilnehmern beiträgt. Sofern bei allen Beteiligten eine authentische positive Grundhaltung und echte Bereitschaft zu einem guten Verfahren gegeben ist, steht ein Instrumentarium zur Verfügung, mit dem Prozesse bewusst konstruktiv und ergebniseffektiv gestaltet werden können. Beim Kalkberg-Projekt gab es mit der am 15. Juni 2016 im Abenteuermuseum Odysseum konsequent im Format eines “konstruktiv kritischen rationalen Diskurs“ durchgeführten Podiumsdiskussion auch ein herausragend gelungenes Beispiel für Bürgerbeteiligung mit Transparenz der Fakten und Dialog auf Augenhöhe. Die Chance, daran anknüpfend weitere Schritte einer guten Bürgerbeteiligung zu gehen – ohnehin eine bessere Basis für vernünftige Lösungsfindung – wurde bisher leider weiterhin nur unzureichend genutzt.

Zur Recherchearbeit: Um eine sorgfältige und belastbare Analyse dieses Projekts vornehmen zu können, war erhebliche Recherchearbeit für die Zusammenstellung einer hinreichend ausführlichen Fallchronik unabdingbar. Die hier in TEIL E vorgelegte Chronik versucht sich einer wirklichkeitsgetreuen Darstellung zu nähern mit dem Fokus auf die gelaufenen und noch laufenden Kommunikations- und Bürgerbeteiligungsprozesse bzw. Nichtbeteiligungsprozesse sowie der sich daraus ergebenden Folgen. Inhaltliche Positionen und Fakteneinschätzungen zur Konfliktsache selbst sind ausschließlich aus der Sicht der involvierten Akteure (Verwaltung, Politik, Investor und Bürger/innen etc.) sowie der Medienberichterstattung wiedergegeben. Als Quellen für den Faktencheck wurden Protokolle, Gutachten und andere Dokumente der Stadt Köln herangezogen, wie sie auf den vielen Unterseiten ihrer Website zugänglich sind. Des Weiteren komplettieren Medienberichte und Dokumente der BI Kalkberg die Recherche und, nicht zuletzt, die persönlichen Gespräche, die ich mit beteiligten bzw. betroffenen Bürger/innen, Politiker/innen und Vertreter/innen der Verwaltung führen konnte, sowie die Teilnahme an vielen offiziellen Veranstaltungen (Sitzungen des Stadtrats und der zuständigen Ausschüsse, Bürgerinformationsabende etc.) und an Treffen der BI Kalkberg.⁵

Hier zunächst einige grundlegende Informationen zum Kalkberg und was bisher mit ihm geschah:

Der Kalkberg ist eine künstliche Erhebung in Randlage zur Innenstadt von Köln unmittelbar an der Grenze zum Stadtteil Kalk. Er entstand durch Aufschüttung von Abfällen der südlich daran anschließenden Chemischen Fabrik Kalk (CFK) in einer Hochdeponie.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die Deponie zunächst eine Abgrabung zur Ablagerung von chemischen Abfallprodukten. Als die Grube voll war, wurden polderartige Strukturen innerhalb eines kraterähnlichen Ringwalls angelegt, der seit Ende der 1930er Jahre den heutigen Umriss aufweist. In den 1950er bis 1970er Jahren wurde die Kalkrückstandskippe in der heutigen Form einer Hochdeponie aufgebaut, wobei dort ‘unter der Hand’ allerdings auch andere Abfälle eingebracht wurden, von Chemierückständen bis hin zu Bauschutt, Altöl und privatem Haushaltsmüll. Die CFK war zeitweise der zweitgrößte

⁵ die Recherchearbeit erwies sich als zeitaufwändig und schwierig, weil die Quellen wegen der lückenhaften bzw. unmethodischen Speicherung teilweise nur schwer auffindbar waren. Falls jemand auf sachliche Inkorrektheiten stößt oder wesentliche Fakten fehlen, möge sie/er mir dies bitte per Mail oder per Telefon mitteilen, damit dies gegebenenfalls in einer Textkorrektur berücksichtigt wird

Sodaproduzent⁶ Deutschlands und mit bis zu 2400 Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber im rechtsrheinischen Kölner Stadtgebiet.



Quelle: google maps

- Ende der Auffüllungen im Jahr 1973: Spätestens seit 1973 wurden die Auffüllungen mit festen bzw. auch pastösen Produktionsrückständen beendet. Seither wies der Kalkberg an den Böschungskanten einen starken Buschbewuchs auf; die mit Erde und Bauschutt abgedeckte Plateaufläche war von einer dünnen Vegetationsdecke überzogen.⁷
- Schließung des gesamten CFK-Geländes im Jahr 1993: Aufgrund von versäumter Modernisierung und fehlender neuer Produkte hatte der damalige Hauptgesellschafter BASF das Werk in die Unwirtschaftlichkeit manövriert. Der Kalkberg wurde fortan im Altlastenkataster der Stadt Köln unter der Nummer 80206 als Teilfläche der gesamten Altlast CFK geführt.
- Der Grundstückssanierer, -entwickler und -verwerter GSE⁸ kaufte 1999 das gesamte Gelände: Im Zuge der kompletten Sanierung musste der Kalkberg ebenfalls saniert werden. So wurde in den folgenden Jahren bis 2004 die für eine stabile Standfestigkeit eigentlich zu steile Südflanke abgetragen und das Material auf den verbleibenden Berg aufgehäuft. Da die Chance einer weitergehenden Nutzung nicht in Sicht und nicht geplant war, fokussierten die durchzuführenden Untersuchungen und Maßnahmen ansonsten nicht auf die Statik der Halde, sondern darauf, dass das Grundwasser nicht über das zulässige Maß von einsickernden Chemikalien belastet wurde. So wurde das Plateau mit einer 50 cm dicken/dünnen Lehmschicht abgedeckt und an die ausgeschachtete Stelle entlang der Kalk-Mülheimer-Straße kam ein Auffangbecken für das Oberflächenwasser, welches durch neue Rinnen in den Hängen dort hineingeleitet wurde.⁹ Die zu erwartenden Sanierungskosten hatten preismindernd beim Kaufpreis Berücksichtigung gefunden.¹⁰

⁶Soda, fachsprachlich Natriumcarbonat (Na_2CO_3), wird fast ausschließlich aus Natriumchlorid und Calciumcarbonat (Hilfsstoffe: Ammoniak, Kohle, Wasser) erzeugt; aus der NaCl-Rohsole müssen die Härtebildner (Calcium- und Magnesiumsalze) mit Kalkmilch $\text{Ca}(\text{OH})_2$ in der Form von Calciumcarbonat und Magnesiumhydroxid entfernt werden, weshalb Kalkschlamm als Abfallprodukt anfällt

⁷ [http://www.stadtteilzentrum-](http://www.stadtteilzentrum-buchforst.de/fileadmin/hubschrauber/Sicherungs_Sanierungskonzept_Kalkberg_1_GSE_08.06.1999.pdf)

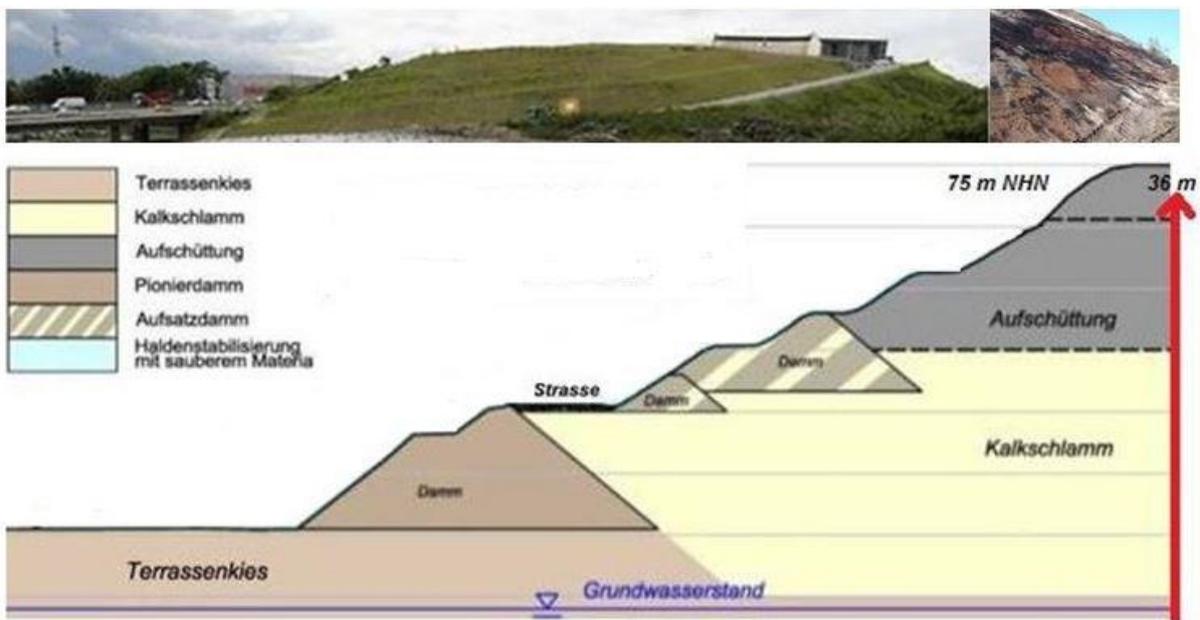
[buchforst.de/fileadmin/hubschrauber/Sicherungs_Sanierungskonzept_Kalkberg_1_GSE_08.06.1999.pdf](http://www.stadtteilzentrum-buchforst.de/fileadmin/hubschrauber/Sicherungs_Sanierungskonzept_Kalkberg_1_GSE_08.06.1999.pdf)

⁸ GSE Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG; die drei Buchstaben verweisen auf Göttsch, S-RheinEstate und Engel; die S-RheinEstate, eine 100%ige Tochter der Stadtparkasse, war damals der Haupt-eigentümer; Partner waren der bundesweit an großen Einkaufszentren beteiligte Immobilienentwickler Heinz Hermann Göttsch und der eigene Deponien unterhaltende Abbruchunternehmer Hans-Georg Engel

⁹ http://www.stadtteilzentrum-buchforst.de/fileadmin/hubschrauber/Sicherungs_Sanierungskonzept_Kalkberg_1_GSE_08.06.1999.pdf

¹⁰ die GSE ließ bis auf den denkmalgeschützten Wasserturm alle Fabrikgebäude auf dem fast 40 ha großen Gelände abreißen, und im Laufe des folgenden Jahrzehnts wurden – ganz im Sinne von lukrativer Vermarktung – u.a. die Köln Arcaden als großes Shopping-Center, die neue Kölner Polizeizentrale, ein Baumarkt und ein Technikmuseum darauf errichtet, sowie ein dazwischen recht verloren wirkender, kaum Geborgenheit spendender 'Bürgerpark' und einige Häuserzeilen, die aber nicht den Charakter eines gut sozial durchmischten und lebendigen Quartiers bieten, s. <http://www.ksta.de/koeln/kalk/-neubauten-fuer-gfk-gelaende-monopoly-im-kalker-westen-2389290>

- Eine Bewertung der vorliegenden Daten im November 2011 von der Firma DMT-Bergbauservice ergab eine heterogene Materialzusammensetzung der Deponie – und sie wurde in den zentralen Bereichen noch nie in ihrer gesamten Mächtigkeit untersucht: Diese kurzfristig für die Ratssitzung am 20.12.2011¹¹ vorgenommene Bewertung der bis zu dieser Zeit vorliegenden Daten zur Altlastensituation des Kalkbergs sollte eine der Grundlagen für die anstehende Entscheidung sein, ob die Stadt den Kalkberg kauft oder nicht. Sie ergab u.a., dass die bisher von diversen Büros geleisteten Sondierungen in den zentralen Bereichen nicht die gesamte Mächtigkeit des Auffüllungskörpers umfassten und der aufgeschlossene Untergrundabschnitt eine heterogene Zusammensetzung zeigte: Hauptkomponenten waren nicht nur Rückstände aus der Sodaproduktion, sondern auch Bauschutt¹², der vom Abbruch der ehemaligen Betriebsanlagen der CFK sowie von der 2m tiefen Abgrabung des belasteten Bodens des Betriebsgeländes stammte. Im Rahmen von ingenieurgeologischen Untersuchungen zur Untergrundsituation im zukünftigen Baubereich der HBS waren 2005 nur die oberen 6 m des Kalkbergs aufgeschlossen worden.¹³ Des Weiteren wurden im Rahmen des laufenden Grundwassermonitorings im Abstrom des Kalkbergs örtlich erhöhte Gehalte an Cyaniden im Grundwasser angetroffen, die den LAWA¹⁴-Geringfügigkeitsschwellenwert überschritten, weshalb die Notwendigkeit von weiteren Sachverhaltsermittlungen angezeigt war. Diese innerhalb von zehn Tagen abgelieferte Sekundäranalyse blieb, wie die von ihr ausgewerteten Dokumente, hauptsächlich fokussiert auf die Grundwassergefährdungssituation und wies nur indirekt auf das Problem mit den zu unsicheren statischen Gegebenheiten des Kalkbergs im Falle seiner Bebauung mit der HBS hin.
- Die von 2013 bis 2015 getätigten Baumaßnahmen führten zu schwerwiegenden Schäden bezüglich der Stabilität des Kalkbergs und des darauf gebauten Hubschrauberhangars: Durch den Bau der Zufahrtstraße und des Hangars für die beiden Hubschrauber kam es in den Jahren 2013 bis 2015 zu weiteren erheblichen Aufschüttungen in einer Mächtigkeit von bis zu 9 Metern: Durch die zusätzliche Auflast von ca. 50.000 Tonnen setzte sich die Deponie und mit ihr der Hangar. Dessen Boden sackte bis zu 12 cm ab und die Wände bekamen Risse, so dass sich auch die Hallentore verschoben und verzogen.



Quelle Fotos: kalkpost.de

Quelle Grafik (bearbeitet): Institut Roger Grün

¹¹ bei der ging es um die Entscheidung, den Kalkberg zu kaufen, siehe Beispiel 8 auf Seite 30

¹² hauptsächlich durch eine Aufschüttung in einer Mächtigkeit von bis zu 9 Metern in der Zeit von 1999 bis 2004, s. Zwischenbericht Institut Roger Grün, Blatt 3, <https://politik-bei-uns.de/paper/566106661ae6a046c9feafd0>

¹³ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=339439&type=do&>, S. 15 u. 16 u. 18 u. 24

¹⁴ LAWA steht für Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser

Wie sehr sich die für das Projekt Verantwortlichen in der Kölner Verwaltungsspitze damit schwertaten, die volle Bedeutung dieser Schäden mit der drohenden Gefahr weiterer unkalkulierbarer Absackungen zu konfrontieren, spiegelte sich in den damaligen Medienberichten. So behauptete der Feuerwehrchef und Bauherr der Station in einem Artikel des KStA vom 19.5.2015, die Standsicherheit des Gebäudes sei durch die Absenkung und die Haarrisse nicht gefährdet, wohl aber der geplante Zeitpunkt für die Inbetriebnahme der HBS. Durch Änderungen beim Bauablauf könne an anderen Stellen auf dem Kalkberg indes weitergebaut werden.¹⁵

Aus einer im Dezember 2015 in derselben Zeitung veröffentlichten Chronik der Ereignisse ging hervor, dass sich die riesige Betonplatte auf der Kuppe, die das Fundament für Hangar und Landeplatz bildet, von im April erstmals bemerkten 6,4 cm im September an einer Stelle bereits um weitere 1,3 cm gesenkt hatte und von Woche zu Woche jeweils um einen Millimeter weiter absackte. Risse in der Bodenplatte und in den Wänden des Hangars verstärkten sich, so dass bereits produzierte Fassadenteile nicht eingesetzt werden konnten, weil das Gebäude schief war.¹⁶ Die für die Ausführung der Arbeiten zuständige Gebäudewirtschaft, eine städtische Tochtergesellschaft, hielt sich unterdessen bedeckt und verwies auf die Feuerwehr als Bauherr, die inzwischen einen Sachverständigen und einen Rechtsanwalt zur Prüfung möglicher Schadenersatzforderungen eingeschaltet hatte.¹⁷

Erst in der Verwaltungsvorlage vom 3.12.2015 für die Ausschüsse und den Rat gab der Stadtdirektor zu, dass die sensible Gesamtstatik des Kalkbergs bis dahin sträflich vernachlässigt worden war: „Im Verlauf der Begutachtung (und deren Zwischenergebnissen) hat sich aufgrund neu gewonnener Erkenntnisse die Notwendigkeit ergeben, den Untersuchungsauftrag an das BauSachverständigen Institut Roger Grün zu erweitern. Wie im ersten Zwischenbericht dargestellt, musste zur umfassenden Ursachenbetrachtung der Setzungen neben dem Stationsgebäude mit dem näheren Umfeld ergänzend auch die Statik der gesamten Halde betrachtet werden.“¹⁸

- Ein externes Gutachten nach dem Misserfolg ließ kein weiteres Verdrängen des Statikproblems wegen zu weichem Untergrund zu und schlug Abhilfemaßnahmen vor, sah aber keine akute Gefahr der öffentlichen Sicherheit: Demgemäß waren schon im November zur genauen Bestimmung vier Bohrungen bis auf den Grundwasserspiegel in einer Tiefe von 35 m unterhalb der Hangar-Gründungsebene vereinbart und teilweise durchgeführt und Materialproben entnommen worden. Ferner erfolgte eine Drohnenüberfliegung des Kalkbergs, um die Haldengeometrie zu erfassen und grafisch darstellen zu können.

Nach zwei der vier Bohrungen gab das Ingenieurbüro bereits eine Ersteinschätzung ab. Seiner Meinung nach würden die Setzungen am Hangar-Gebäude ohne Gegenmaßnahmen über längere Zeit unvermindert fortschreiten, eine statische Gefährdung für das Gebäude sei mit fortlaufender Setzung zu erwarten, bisher aber noch nicht eingetreten. Ingenieur Grün ging jedoch keinesfalls von einem großflächigen Abrutschen ganzer Böschungen aus, eine Gefährdung der Nachbarschaft sah er demzufolge nicht als gegeben. Die Ursache für das Absinken der Betonplatte vermutete er in einer etwa 20 Meter mächtigen Kalkschicht von größtenteils „steif erdfeuchter“, teilweise aber auch „weich nasser“ Konsistenz, die man im Verlauf der ersten beiden Tiefenbohrungen südlich des Hangar-Vorfeldes und nördlich an der Ecke zur Erschließungsstraße vorgefunden hatte. Durch die im Zuge der Baumaßnahmen erfolgten Aufschüttungen auf der Kuppe als zusätzlicher Auflast sei es zur Ausbildung einer Setzungsmulde gekommen, weshalb das am Rande dieser Mulde stehende Gebäude sich entsprechend „schief gestellt“ habe. Durch einen sofortigen Rückbau der zusätzlichen Auflast könnten die Setzungsfortschreitungen verhindert werden. Ferner könnte durch Abtragen und Abflachungen der Böschungen im oberen Bereich sowie durch stabilisierende Belastungen mit Aufschüttung im unteren Bereich die Stabilität der Halde verbessert werden. Zur Erreichung ihrer endgültigen Standsicherheit könnten Spundwände verankert und Material aus dem Haldenkopf einge-

¹⁵ <http://www.ksta.de/koeln/baustelle-kalkberg--risse-an-neuer-hubschrauberstation-1303584>

¹⁶ <http://www.ksta.de/koeln/chronologie-kalkberg-sote-koeln-23264892-seite2?view=fragmentPreview>

¹⁷ <http://www.rundschau-online.de/region/koeln/kalkberg-in-koeln-dem-hubschrauber-landeplatz-sackt-der-bodenweg-22427264>

¹⁸ <https://politik-bei-uns.de/paper/566106661ae6a046c9feafd0>

baut werden, was gegebenenfalls sogar ein gewisses "Zurückdrehen" der aufgetretenen Hangschiefe zur Folge hätte.¹⁹

- Als Sofortmaßnahme wurde die zu schwere neu aufgetragene Kuppe größtenteils wieder entfernt – dennoch waren/sind wegen der durchgeführten Eingriffe in die Deponie weitere Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung erforderlich geworden: Mit dem Ratsbeschluss vom 15.12.2015 wurde die Kuppe als Sofortmaßnahme fast gänzlich wieder bis zum vorherigen Niveau abgetragen und das Erdreich samt Deponiegut am Fuß der Auffahrtrampe zwischengelagert. Der Setzungsverlauf am Hangar verlangsamte sich dadurch. Trotzdem waren inzwischen wegen der durchgeführten Eingriffe in die Deponie weitere Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung zwingend erforderlich geworden. Zunächst aber wurde der vom Rat auferlegte "Baustopp bis auf Widerruf durch einen (erneuten) Ratsbeschluss"²⁰ eingehalten, wobei man mit aufmerksamem Interesse dem abschließenden Gutachten des Institut Roger Grün entgegenschah, welches bis zum März 2016 fertig sein und u.a. die genaueren Auswertungen des Statikverhaltens der Bodenproben präsentieren sollte. Parallel beauftragte der Rat die Verwaltung dazu, eine gründliche vergleichende Prüfung von Alternativstandorten wiederaufzunehmen, und zwar nach den Kriterien: Verfügbarkeit, Lagegunst, Genehmigungsfähigkeit, Lärmschutz, Standsicherheit, zeitliche Realisierbarkeit und Kosten.²¹
- Anfang März 2016 kam es zu einem weiteren problematischen Planungs-'Ereignis': Denn sozusagen in einer 'Nacht- und Nebelaktion' hatte der Stadtdirektor zum ersten Märzwochenende im Alleingang qua Amt den ganzen noch vorhandenen Grünbewuchs rund um den Kalkberg abholzen lassen.²²



Quelle: Video vom Kahlschlag

Sowohl die Öffentlichkeit, insbesondere die aufmerksame Bürgerschaft, als auch eine wachsende Zahl der politischen Gremienvertreter/innen sahen sich massiv vor den Kopf gestoßen.²³ In der Ratssitzung vom 15.3.2016 war parteienübergreifend von Vertrauensverlust bezüglich der von der Verwaltung vorgelegten Gutachten und Informationen die Rede: "Ehrenamtliche Ratspolitiker können und müssen sich auf das verlassen (können), was ihnen vorgelegt wird."²⁴

¹⁹ s. Zwischenbericht Institut Roger Grün, Blatt 4/5., <https://politik-bei-uns.de/paper/566106661ae6a046c9feafd0>

²⁰ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=543757&type=do&>, S. 30, Punkt 1

²¹ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=543757&type=do&>, S. 30, Punkt 4

²² Video vom Kahlschlag: <https://www.youtube.com/watch?v=kgWz6pEo8Go>

²³ <http://www.rundschau-online.de/region/koeln/hubschrauberstation--rat-will-kalkberg-als-standort-aufgeben-23733224>

²⁴ <https://politik-bei-uns.de/file/585b3c341ae6a05933e71945> S.10

Die bei Gefahr im Verzuge kurzfristig entscheidungsbefugte Verwaltungsspitze berief sich auf ein weiteres Zwischengutachten des Institut Roger Grün, das sie inzwischen erhalten hatte²⁵. Aus dieser wurde die Notwendigkeit der Sofortmaßnahme folgendermaßen hergeleitet: Aufgrund der erheblichen Schäden an der Halde des Kalkbergs bestehe im Bereich der neugebauten Hangstraße sowie im darüber liegenden Bereich der Aufsatzdämme akute Gefahr von Kalkaustritt. Ferner wurde festgestellt, dass teilweise nun doch bereits Abschnitte abgerutscht seien und die erhebliche Gefahr von Grundbrüchen in verschiedenen voneinander unabhängigen Böschungsbereichen bestehe. Dieser Gefahr müsse unverzüglich entgegengewirkt werden, es bestehe „akuter Handlungsbedarf“.²⁶ Dem folgend, hatte der Stadtdirektor öffentlich begehbbare Bereiche in der Nachbarschaft des Böschungsfußes sperren und die offenliegenden Böschungen mit zusätzlichen Aufschüttungen versehen lassen. Ferner wurde die Baustraße zum Hangar-Gebäude einem regelmäßigen und detaillierten Monitoring unterzogen. Darüber hinaus aber seien die ‘Rückschnittmaßnahmen’ – so die ebenso bemerkenswerte Bezeichnung wie die Begründung selbst – „in Fortsetzung der inneren Logik aus dem Ratsbeschluss“ vom 15.12.2015 durchgeführt worden, und zwar gemäß der vom Gutachter vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen, die nutzungsunabhängig zwingend notwendig seien, „um bestimmte Bereiche (z.B. am Nordhang) überhaupt erst begehen bzw. einsehen zu können.“²⁷



Quelle Arno Heider Blog: (<http://www.arno-heider.de/?tag=kalkberg>)

Die Frage blieb allerdings im Raum, ob dieser Kahlschlag nicht zu den angegebenen weiteren Erkundungszwecken erfolgt war, sondern um ohne Zeitverlust die aufwendige Sanierung der Halde mit den stützenden Spundwänden im unteren Bereich beginnen zu können. Damit wäre sie, so die Hoffnung, dann so stabil, dass an einem möglichst baldigen Betrieb der HBS trotz all der Schwierigkeiten festgehalten werden könnte. Bei Aufgabe des Standortes Kalkberg hingegen – so die Überlegung jener, die dem Stadtdirektor und seinen Argumentationen zunehmend skeptischer gegenüberstanden – wäre der Abriss des Hangars sowie eine einfache Abböschung einzelner Hangflächen im Osten und Süden zur Wiederherstellung von Stabilität und Sicherheit völlig ausreichend gewesen.

In der Ratssitzung vom 15.3.2016 brachten einige Wortbeiträge über die politischen Parteien hinweg selten deutlich zum Ausdruck, was vielen Bürger/innen bereits von Anfang

²⁵ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=547149&type=do&>

²⁶ <https://politik-bei-uns.de/file/56ecd0f11ae6a0264f33a589>

²⁷ ebd. S. 7

an naheliegend gewesen war: „... was nützt die beste zentrale Lage, wenn der Bau durch die Bodenbeschaffenheit sprichwörtlich in sich zusammensackt? Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Standort Kalkberg für den Bau der HBS nicht geeignet ist. ... Angesichts der Fakten, die jetzt herauskommen, fragt man sich, wie dieser Standort überhaupt in die engere Wahl kommen und wir dafür stimmen konnten.“²⁸ Gleichwohl wurde die Entscheidung für einen definitiven Baustopp in dieser Sitzung nicht getroffen, sondern in die Sondersitzung der zuständigen Ausschüsse weitergegeben. Der Stadtdirektor wurde dazu beauftragt, für die Durchführung der weiteren Sanierungsarbeiten ein nach Auffassung des Gutachters Roger Grün geeignetes Planungsbüro zu beauftragen. Zudem war bereits in der Beschlussvorlage zu dieser Sitzung die gründlich vergleichende Suche nach einem Alternativstandort dahingehend präzisiert worden, dass die Verwaltung im Sinne eines tatsächlich ernsthaft vorzunehmenden Faktenchecks nunmehr selbst die Unterlagen zur Prüfung der Genehmigungsfähigkeit der luftrechtlichen Genehmigung für den Sportflugplatz Kurtekotten bei der zuständigen Behörde einzureichen habe, anstatt diese Aufgabe dem dortigen Sportflugverein zuzuschieben.²⁹

Situation im Frühsommer 2017: Inzwischen ist ein weiteres Jahr vergangen, der damalige Stadtdirektor im altersbedingten Ruhestand, der damalige Chefsanierer Benner aus dem Auftrag ausgestiegen – und an der schleppend schwierigen Situation hat sich im Wesentlichen noch nichts geändert. Im Februar 2017 schrieb die Kölnische Rundschau: „Eigentlich sollten die Böschungen der Altlastenhalde in fünf Bauabschnitten im Uhrzeigersinn saniert werden. Doch nun kommt alles durcheinander: Der Bauabschnitt 1 verzögert sich um fünf Monate. Die Planungen für die anschließenden Bauabschnitte 2 und 3 sind noch nicht fertig. Dafür liegt aber der Abschnitt 4 schon auf dem Tisch – der nun vorgezogen wird. Und zu alledem wird der Sanierungsfall mal wieder teurer: um einen mittleren einstelligen Millionenbetrag. Also irgendwas um die fünf Millionen Euro. Bereits Anfang Januar hatte die Rundschau berichtet, dass die Sanierung des Kalkbergs aus dem Ruder läuft. Denn zu diesem Zeitpunkt sollte die Planung für den zweiten Bauabschnitt schon längst vorliegen. Damals nannte die Verwaltung als einen Grund dafür, dass mittlerweile die Zuständigkeiten gewechselt haben. Die Feuerwehr ist „nur“ noch für den Bau der Rettungshubschrauberstation auf dem Berg zuständig. Diese Arbeiten ruhen auf Geheiß des Stadtrates. Die Sanierung der Halde hat Vorrang, und für die zeichnet nun das Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau verantwortlich. Und der Bericht dieses Amtes wirft kein gutes Licht auf das bisher Geleistete. Der Bauabschnitt 1 wird sich vor allem deshalb um fünf Monate verschieben, weil der von der Stadt beauftragte Planer Pläne sowie Berechnungs- und Materialnachweise nicht rechtzeitig eingereicht hat. Auch fehlen bis zum jetzigen Zeitpunkt wichtige bodenmechanische Untersuchungen. Damit ziehen sich Probleme mit den ausführenden Firmen auf dem Kalkberg weiterhin wie ein roter Faden durch die Geschichte der Nutzbarmachung.“³⁰

Der verantwortlich gemachte Chefsanierer Benner sah das allerdings anders. Laut Insiderberichten, die der Kölnischen Rundschau zugespielt wurden, hat dieser „... ausgewiesene Experte hingeschmissen, weil er offenbar frustriert war über die Zustände in der Verwaltung. Er wurde mit den Worten zitiert, so ein Durcheinander habe er in 40 Jahren noch nicht erlebt.“ Er selbst sagte auf Nachfrage der Zeitung: „Ich möchte mich nicht dazu äußern.“ Und die Verwaltung wies lediglich darauf hin, dass Vertragsbeziehungen nicht öffentlich behandelt werden.³¹ Der Sprecher der BI Kalkberg, Boris Sieverts, brachte in einem Schreiben vom 15.5.2017 an die Rats- und Ausschussmitglieder sowie an die OB Frau Reker³² indes einen anderen Aspekt in das Spiel der Vermutungen, welches sich immer dann umso mehr aufbaut, wenn die Kommunikation und Transparenz mit den engagierten Bürger/innen unzureichend stattfindet: Er halte es für denkbar – und die

²⁸ <https://politik-bei-uns.de/file/585b3c341ae6a05933e71945> S. 12

²⁹ <https://politik-bei-uns.de/file/56ecd0f11ae6a0264f33a589>

³⁰ <http://www.rundschau-online.de/region/koeln/plaene-zu-spaet-eingereicht-kalkberg-wird-erneut-teurer---sanierung-laeuft-aus-dem-ruder-25667732>

³¹ <http://www.rundschau-online.de/region/koeln/haldenexperte-ist-frustriert-kalkberg-sanierer-schmeisst-hin-25690460>

³² das Schreiben liegt als Mail vor

immanente Logik sei keineswegs von der Hand zu weisen – dass Prof. Benner die Haftung für eine schwerwiegende Planänderung nicht übernehmen wollte. Dabei gehe es darum, dass die abrutschgefährdete Zufahrtstraße zur Helikopterstation auf dem Kalkberg nun doch nicht auf einen sichereren Trassenverlauf verschoben werden soll. Stattdessen wolle ein weiteres neu beauftragtes Planungsbüro, dieses Mal ein Ingenieurbüro für Geotechnik und Umweltplanung (GFP) aus Duisburg, an der bisherigen Zufahrtstraße hoch zur HBS festhalten und lediglich Sicherheitsmaßnahmen vornehmen. Inzwischen sind entsprechende Arbeiten angelaufen.

Nach wie vor bleiben zum Kalkberg-Projekt (zum Teil schwerwiegende) inhaltliche Widersprüchlichkeiten und offene Fragen:

- **Beispiel 1:** Der Leiter des nun zuständigen Amtes für Brücken und Stadtbahnbau führte als Antwort auf eine am 3.7.2017 im Bauausschuss gestellte Frage aus, dass durch die vorgesehenen Maßnahmen, die auf neuen, detaillierteren Untersuchungen und Berechnungen des neuen Planers beruhten, die notwendige Sicherheit hergestellt sei sowie die statischen Erfordernisse und Bestimmungen eingehalten würden.³³ – Gleichwohl aber heißt es einschränkend in der Beschlussvorlage zur Ratssitzung vom 11.7.2017, bei der die weiteren Planungen/Ausführungen und deren Finanzierung beschlossen wurde: „Grundsätzlich ist zu den nachfolgenden Ausführungen für die Lose 2 u. 3 festzuhalten, dass die Planung noch mit Unsicherheiten behaftet ist.“ (s. Bsp. 3)³⁴
- **Beispiel 2:** Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Beschlussvorlage und ihrer Präsentation in den zuständigen Ausschüssen lagen den Ratsmitgliedern die vom Gutachter verfassten geotechnischen Berichte mit den konkreten Ergebnissen der Bodenerkundungen noch nicht vor.³⁵ Dies geschah erst äußerst kurzfristig vor der Ratssitzung, nach Rücksprache mit diesem neuen Gutachter und zudem nur vertraulich, also offiziell öffentlich nicht zugänglich. Ungeachtet dessen drängte die Verwaltung mit der folgenden Argumentation auf eine rasche Entscheidung: „Eine Entscheidung des Rates in der Sitzung am 11.07.2017 ist unbedingt erforderlich, um die notwendige Planungssicherheit unter den Beteiligten zu erhalten und um eine zeitliche Verzögerung bei der zur Gefahrenabwehr notwendigen Umsetzung der Haldenstabilisierung im Bereich des Loses 2/3 (nördliche Hangseite) zu vermeiden.“³⁶ – Gleichwohl aber wird in der Beschlussvorlage die im März 2016 nach dem erfolgten Kahlschlag dramatisch beschworene „Gefahr im Verzug“ stark relativiert: „Vorweg sei betont, dass ein Globalversagen der nördlichen Hangseite weiterhin sehr unwahrscheinlich ist, jedoch in Teilbereichen der Lose 2 und 3 Standsicherheitsdefizite bestehen, aus denen örtliche Rutschungen entstehen können. Aufgrund der vorhandenen Baustellenabsperungen kann eine Gefährdung von Personen oder Vermögenswerten in dem an den Kalkberg angrenzenden Bereich de facto nicht eintreten.“³⁷
- **Beispiel 3:** Laut den neuesten Erkenntnissen der GFP aufgrund ergänzender Messungen soll es tatsächlich möglich sein, dass bei vollständiger Unterbindung von Oberflächenwasserzutritten in den Haldenkörper und einer geeigneten Profilierung der Haldenböschungen, dort wo nötig in Kombination mit Stützkonstruktionen, eine ausreichende Standsicherheit (für den Hangar und die Auffahrtstrasse) erreicht wird. – Gleichwohl aber heißt es in dem Bericht der GFP³⁸ an anderer Stelle, es sei aufgrund der sehr heterogen zusammengesetzten Haldenauffüllungen, der vergleichsweise großen Untersuchungsfläche und des weitmaschigen Bohrrasters bei der Ergebnisdarstellung davon auszugehen, dass Abweichungen der beschriebenen Boden-/Auffüllungsschichtung und deren Mächtigkeiten auftreten können.
- **Beispiel 4:** Auch steht in diesem Bericht, die untersuchten Kalkablagerungen besäßen unter Berücksichtigung ihrer Ablagerungshistorie und der durch die Überschüttung

³³ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=620305&type=do&>

³⁴ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=613994&type=do&>

³⁵ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=620305&type=do&>

³⁶ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=617406&type=do&>

³⁷ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=613994&type=do&>

³⁸ durch informierte Kreise liegt er uns inzwischen vor

jahrzehntelangen Konsolidationsphase mit einer daraus resultierenden Verfestigung überwiegend eine weiche bis steife Konsistenz, wobei in den Bereichen mit deutlich reduzierten Wassergehalten eine hinreichend steife Konsistenz vorliege. –

Gleichwohl aber wird die 'Statiksicherheit' damit relativiert, dass bei den Ablagerungen von anderen (Produktions-)Rückständen und Bauschutt aus Abrissmaßnahmen aufgrund ihrer Zusammensetzung und ihrer Ablagerungshistorie keine erkennbare Systematik hinsichtlich ihrer Lagerungsdichte aufzuweisen sei. Ebenso fehlt noch eine substantielle öffentliche Stellungnahme dazu, was es mit den üblen Gerüchen auf sich hat, die an früheren Bohrlöchern und zum Teil auch bei den neu durchgeführten Kleinrammbohrungen (KRB) freigesetzt wurden.³⁹ All dies wirft durchaus zu bedenkende Fragen auf! Zumal die erheblichen Cyanidfunde in den Grundwasserabströmen des Kalkbergs laut DMT-Gutachten von 2011 mit großer Wahrscheinlichkeit auf im Kalkberg lagernde Substanzen zurückzuführen sind und ein ursächlicher Zusammenhang mit einer im weiteren Abstrom des Kalkbergs gelegenen und belasteten Stelle weniger wahrscheinlich scheint, sondern lediglich „nicht ganz ausgeschlossen werden“ kann.⁴⁰

- **Beispiel 5:** In der Beschlussvorlage zur Ratssitzung am 11.7.2017 heißt es des Weiteren: „Bei den bisherigen Umsetzungsmaßnahmen und den daraus resultierenden fortschreitenden Erkenntnissen hat sich gezeigt, dass mit der Haldenstabilisierung bestimmte Risikofaktoren einhergehen, die im Rahmen der zu beschließenden Planung weiter ermittelt, bewertet und durch geeignete Gegenmaßnahmen minimiert werden müssen. Dazu gehören unvorhergesehene Boden- und Baugrundrisiken, aber auch die Erhöhung der Baunebenkosten infolge der Erhöhung anrechenbarer Kosten ...“ – Gleichwohl (oder gerade deshalb?) wurden das Rechnungsprüfungsamt und das Zentrale Vergabeamt wegen „Gefahr im Verzuge“ nicht beteiligt.⁴¹

Inzwischen spricht zumindest die derzeitige Ratsopposition schnörkellos das laut aus, was trotz eines hohen finanziellen Schadens und zunächst weiteren Reputationsverlustes als eine denkbare vernünftige Option in solchen Fällen tatsächlich nicht länger ausgeschlossen bleiben kann: „Wenn ein Vorhaben auf der Kippe steht, gibt es in der Betriebswirtschaft die Regel, dass man sich emotional von den Ausgaben freimachen muss, die bereits getätigt worden sind. Das sind die sogenannten verlorenen Kosten. Die entscheidende Frage ist: Wie viel müssen wir noch ausgeben, um ... fertigzustellen!“⁴²

Und immerhin gab es mittlerweile den direkten persönlichen Informations-/Gedankenaustausch zwischen dem neuen Stadtdirektor und dem Sprecher der BI Kalkberg. Wirklich taugliche Bürgerbeteiligung, so wie sie derzeit im Kölner Leitlinienprozess⁴³ erarbeitet und angestrebt wird, muss weit darüber hinausreichen – sowohl was die verbindliche und regelmäßige, vor allem gelingende Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und den Einwohner/ innen betrifft als auch die erforderliche Transparenz.

Zusammenfassender Überblick zu den wichtigsten Ergebnissen der Fallanalyse “Projekt Hubschrauberrettungsstation auf dem Kalkberg“:

Da die auf den Gesichtspunkt der Bürgerbeteiligung fokussierende ausführliche (Fall-) Dokumentation zum Kalkberg-Projekt anhand von neun konkreten Negativbeispielen mit der nötigen Gründlichkeit erarbeitet wurde und 13 Seiten umfasst, kommt hier vorab ein

³⁹ insbesondere bei KRB 38 – dass sich in der Nähe desjenigen Bohrpunktes befindet, bei dem bereits das letzte Gutachten einen "üblen Geruch" festgestellt hatte, der damals dazu führte, dass man die Bohrung abbrach, um keine Verbindung zwischen der offensichtlichen Bodenverschmutzung und dem Grundwasser herzustellen – reichen die geruchlichen Auffälligkeiten von 7,80 Bohrtiefe bis in 17 m Bohrtiefe. Dabei liegt diese Auffälligkeit bis 13,30 Meter Tiefe im "schwachen" Bereich; danach steigt sie bis zum Ende der Bohrung in 17m Tiefe auf "normal" an, erreicht aber zwischen 15m und 15,70 m Tiefe sogar die Kategorie "stark". Aus dem Bericht der GFP geht hervor, dass ausgerechnet dieser "stark" geruchsauffällige Bereich (siehe dem Bericht beigefügte Grafik) nicht im Labor untersucht wurde (S.7)

⁴⁰ DMT-Gutachten, S. 26, <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=339439&type=do&>

⁴¹ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=613994&type=do&>

⁴² Martin Börschel (SPD) im Interview des KStA 7.9.17, hier allerdings bezüglich der Opersanierung <http://www.ksta.de/koeln/spd-fraktionschef-martin-boerschel--koeln-steuert-auf-eine-wohnungsnot-zu--28366186>

⁴³ S. 4 und <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/mitwirkung/leitlinien-buergerbeteiligung/ueberblick>

Überblick der wesentlichen Ergebnisse und Schlussfolgerungen. Für diejenigen, die sich zum genaueren Nachforschen die Mühe der intensiven Lektüre machen, beginnt die ausführliche Fassung ab Seite 21.

Die Chronik des Projekts "Hubschrauberrettungsstation auf dem Kalkberg" beginnt mit dem Kauf des gesamten Geländes der CFK durch die Grundstücks- und Projektentwicklungsgesellschaft GSE⁴⁴ Ende der 1990er Jahre – und sie ist noch nicht zu Ende.

Das Spektrum an stattfindenden Kommunikationsstörungen und ihrer Ursachen ist facettenreich: Am Beispiel des Kalkberg-Projekts wird anschaulich nachvollziehbar, wie eng die fehlende bzw. äußerst bruchstückhafte Anwendung des "konstruktiv kritischen rationalen Diskurs" als essentiellm Verhandlungsformat mit den vielfachen Kommunikationsbrüchen auf den im Kommunikationsdreieck⁴⁵ beschriebenen Ebenen zusammenhängt. Die Ursachen dieser Störungen sind klar erkennbar, wenn schon mal mehr und mal weniger offensichtlich. Einige seien hier wegen ihrer wesentlichen Konsequenzen beispielhaft genannt:

- a) Die zuständige Verwaltungsspitze macht/e planerische Alleingänge, ohne die interessierten und betroffenen Bürger/innen⁴⁶ möglichst frühzeitig und ergebnisoffen mit einzubeziehen und am Finden bester Problemlösungen zu beteiligen bzw. zumindest zeitnah und transparent zu informieren. Für viele kritische Bürger/innen war/ist diese 'Alternativlosigkeit' so nicht schlüssig nachvollziehbar. Außer für Vertreter der Wirtschaftsinteressen werden dadurch Transparenz und angemessene Planungsbeteiligung mit gemeinsamer Auswertung von Faktenchecks für alle anderen Stakeholder erheblich einschränkt oder gar unterlaufen.⁴⁷ Zudem machte die Verwaltung bereits wesentliche vorentscheidende planerische Sondierungsschritte, obwohl sie gemäß eines modernen Verwaltungsmanagements im Sinne eines tatsächlich angewandten Neuen Steuerungsmodells (NSM)⁴⁸ zumindest bei größeren und/oder bei brisanten Projekten den Rat frühzeitig informieren und erst nach offizieller Auftragserteilung durch diesen oder der zuständigen Ausschüsse entsprechend tätig werden sollte.⁴⁹
- b) Die Verwaltung informiert/e die politischen Entscheidungsträger vor den Ratssitzungen zu spät und zu unvollständig in Form von Beschlussvorlagen incl. Prüfergebnissen und Gutachten, so dass die zuständigen politischen Gremien weniger oder keine guten

⁴⁴ GSE Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG; die drei Buchstaben verweisen auf Götsch, S-RheinEstate und Engel; die S-RheinEstate, eine 100%ige Tochter der Stadtparkasse, war damals der Haupteigentümer; Partner waren der bundesweit an großen Einkaufszentren beteiligte Immobilienentwickler Heinz Hermann Götsch und der eigene Deponien unterhaltende Abbruchunternehmer Hans-Georg Engel

⁴⁵ Inhaltsebene, Beziehungsebene und Kommunikationsebene, siehe Themenbrief TEIL C, S. 5

⁴⁶ im Sinne von Einwohner/innen

⁴⁷ dies war und ist nicht nur beim Kalkberg-Projekt der Fall, sondern de facto immer wieder mal auch bei anderen Planungen. So zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Erweiterungsvorhaben des 1. FC Köln rund um das 'Geißbock'-Vereinsheim im Äußeren Grüngürtel, der seit Konrad Adenauers Zeiten u.a. für das Stadtklima und für den Erholungs-/Freizeitwert sowie für das Naturerleben der Kölner/innen durchaus wichtig ist und gerade heute auch zu den Markenzeichen der grünen Stadt Köln zählt. Hier hat die Verwaltung gemeinsam mit der FC-Geschäftsleitung bereits im Vorfeld wichtige Weichen gestellt, indem sie potenzielle Ausweichmöglichkeiten zur Gleueler Wiese mit dem Ergebnis der 'Alternativlosigkeit' prüfte, ohne die politischen Instanzen, aber auch die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig und offiziell mit einzubeziehen., s. <http://www.koelnsport.de/fc-baustelle-geissbockheim/> und <http://www.koelnsport.de/fc-gruenes-licht-fuer-gbh-ausbau/>

⁴⁸ s. Themenbrief TEIL D, S. 6

⁴⁹ Harald Burkart, Verwaltungsdirektor beim Gemeindetag Baden-Württemberg, schreibt im Zusammenhang mit dem NSM dazu: „Ein politisch besonders bedeutender Bestandteil des kommunalen Verwaltungsmanagements ist die Zusammenarbeit mit den Beschlussgremien: dem Gemeinderat, den Ausschüssen des Gemeinderats und den Gemeinderatsfraktionen. Der Gemeinderat ist das Hauptorgan der Gemeinde. Er ist das Beschlussorgan in Grundsatzangelegenheiten und trifft alle operativen Entscheidungen, soweit diese nicht durch Gesetz oder eigene Entscheidung (Hauptsatzung, sonstige Beschlüsse) delegiert sind. Der Gemeinderat ist daher kein Beirat und weit mehr als ein Aufsichtsrat. Auch wenn er ehrenamtlich besetzt ist, hat er strategisch und operativ eine zentrale Entscheidungsfunktion. Dem muss die Zusammenarbeit zwischen (hauptamtlicher) Verwaltungsführung und Gemeinderat Rechnung tragen. ... Eine vertrauensvolle und damit erfolgversprechende Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsführung und Gemeinderat beginnt mit einem Abbau des Informationsgefälles, das seine Ursache in dem Gegensatz zwischen Professionalität und Ehrenamtlichkeit hat.“ (Harald Burkart, *Kommunales Verwaltungsmanagement*, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden 2012, S. 10ff)

Voraussetzungen hatten/haben, um wirklich fundierte und sorgfältig faktengecheckte Entscheidungen treffen zu können.

- c) Innerhalb der Verwaltung war/ist die Kommunikation bzw. die Zusammenarbeit zwischen einer Vielzahl an Fachämtern zu langsam und ineffektiv, insbesondere zwischen jenen, die bei einer Projektplanung wegen ihrer Zuständigkeiten zu konsultieren bzw. zu beteiligen sind (z.B. Gebäudewirtschaft, Umweltamt, Rechnungsprüfungsamt etc.). Gegenwärtig nutzt die Kölner städtische Administration noch zu wenig die heutigen Möglichkeiten mit Hilfe von moderner IT und Netzplantechnik. Zudem kommen in der täglichen Praxis noch zu wenig die inhaltlichen und zeitlichen Synergievorteile von fachbereichsübergreifenden und ergebnisorientierten Projektteams zum Einsatz; zu oft noch 'weiß die linke Hand nicht, was die rechte tut'.
- d) Der Wirtschafts'partner' bei der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (ÖPP) verfolgte trotz vorgeblichem Beitrag zum öffentlichen Wohl in erster Linie – bzw. aus seiner unternehmerischen Handlungslogik heraus letzten Endes ausschließlich – gewinnmaximierende Interessen für sein Firmenkonglomerat. Wie in vielen anderen Fällen⁵⁰ tritt die Problematik mit ÖPP auch beim Kalkberg-Projekt mit der GSE als Investor und Grundstücksverwerter deutlich zutage, was zunächst aber nicht in den öffentlichen Fokus geraten sollte.
- e) Die politisch zuständigen Gremien trafen/treffen ihre (Teil-)Beschlüsse zu oft ohne hinreichend solide Faktengrundlage und schoben/schieben die Notwendigkeit grundlegender Sachentscheidungen aus politischen Motiven vor sich her. Dies ist beim Kalkberg-Projekt fast durchgehend und bis heute der Fall. So wurden die nach dem Trennungs-Eklat durch den Rückzug der GSE aus der ÖPP verursachten und letztlich unabsehbaren Mehrkosten für den Steuerzahler nicht nur von den Zuständigen in der Verwaltungsspitze, sondern auch von einem Großteil der politischen Parteien eher heruntergespielt und viel zu spät öffentlich problematisiert. Auch wurden/werden strukturelle Zusammenhänge, wie sie generell im heutigen Bauwesen gegeben sind⁵¹, nicht systematisch genug analysiert und benannt.
- f) Die für das Gemeinwohl engagierten und die direkt betroffenen Bürger/innen waren/sind aufgrund von zu später und zu wenig transparenter Information der Gefahr von Missverständnissen und Fehleinschätzungen ausgesetzt. Es gilt aber auch zu sehen, dass dort, wo von Bürgerseite hauptsächlich private (Verhinderungs-)Interessen im Spiel waren/sind, wie z.B. bei den Golfplatz- und Stadtvillen-Anrainern des Flugfeldes in Kurtekotten, diese nicht deutlich genug kenntlich gemacht wurden/werden.
- **Ein positives Beispiel für eine gelungene Bürgerbeteiligungsveranstaltung beim Kalkberg-Projekt im Format des "konstruktiv kritischen rationalen Diskurs" – Eine gut durchstrukturierte Podiumsdiskussion auf Augenhöhe zur Situation am Kalkberg am 15. Juni 2016 in der Aula des Wissenschaftsmuseums Odysseum:** Wie bereits ab Seite 5 berichtet⁵², wurde die Deponie durch den Bau der zentralen Zubringerstraße an der Ost- und Nordflanke großflächig angeschnitten. Dabei wurde der äußere Ringwall der Deponie schwer beschädigt und die im Kern liegenden weichen Kalkschichten wurden unmittelbar belastet, was zur Folge hatte, dass die Statik und damit die Standfestigkeit der Halde mitsamt des 2014 darauf errichteten Hubschrauberhangars nicht mehr gewährleistet war. Dies zumal man das abgetragene Deponiegut hinter der Gebäuderückseite zum Lärmschutz und wegen der einfachen Lagerung auf das Zentrum der Deponie aufgebracht hatte. Durch die zusätzliche Auflast von ca. 50.000 Tonnen setzte sich nun die Deponie und mit ihr der Hangar, dessen Boden bis zu 12 cm absackte und Risse bekam, so dass sich auch die Wände mit den Toren verschoben und verzogen. Nun hatte man einen doppelten Sanierungsfall: Eine beschädigte HBS und eine sanierungsbedürftige Deponie.

⁵⁰ <http://www.3sat.de/page/?source=ard/sendung/178884/index.html> und http://www.deutschlandfunkkultur.de/oeffentlich-private-partnerschaften-pleiten-pech-und-pannen.976.de.print?dram:article_id=310179

⁵¹ siehe Jürgen Lauber, *BauUnwesen – Warum geht Bauen in Deutschland schief?*, <https://www.bauwesen.co/bauunwesen> und u. <http://www.zeit.de/2015/29/imtech-flughafen-berlin-ber-verzoegerung/komplettansicht?print>

⁵² siehe auch die ausführliche Dokumentation ab S. 21

Der daraufhin bestellte Gutachter, Dipl. Ing. Roger Grün, schlug schließlich Prof. Lutz H. Benner, den Leiter eines Büros für geotechnische Systemuntersuchungen, als neuen Chefsanierer vor. Der hatte auf der Bürgerversammlung am 15.6.2016 im Kölner Odysseum Gelegenheit, die Ergebnisse seiner Untersuchungen den Kölner Bürger/innen vorzustellen. Demnach war/ist der Kalkberg ein dringender Sanierungsfall, da die Deponie vollkommen instabil ist.

Um den deutlichen Qualitätsunterschied zwischen gelingenden und offensichtlich misslingenden, weil ungläubwürdigen Bürgerinformationsveranstaltungen zu veranschaulichen, hier zunächst zwei Beispiele, die zuvor im 'üblichen Stil'⁵³ durchgeführt worden waren:

– Bürgerinformationsabend am 1. Feb. 2016 in der Aula des Herder-Gymnasiums im nahegelegenen Köln-Buchheim: Einen Monat vor der unangekündigten Abholzungsaktion hatte der damalige Stadtdirektor – vielleicht sogar im Sinne von 'Korrektheit' gutgemeint – zum 1. Feb. 2017 eine Bürgerinformationsveranstaltung im gewohnten Stil in diesem Buchheimer Gymnasium anberaunt. Die BI Kalkberg lehnte das Angebot, auf dem Podium einen Platz einzunehmen, ab, weil die Einladung mit einer knappen Woche zu kurzfristig gewesen war und einige Straßenzüge gar keine Einladung per Aushang oder im Briefkasten erhalten hätten. Die Veranstaltung war von tiefem Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber der Verwaltung geprägt, weil laut Presseberichterstattungen nach wie vor am Standort Kalkberg als alternativlos festgehalten wurde und die von der BI vorgebrachten Bedenken in der Vergangenheit immer ohne für sie stichhaltig nachvollziehbare Gegenargumente verworfen worden waren.

Immerhin gab der Stadtdirektor dieses Mal zu, dass die vor Baubeginn erstellten Gutachten fehlerhaft gewesen seien, weshalb diese die fachliche Schuld an der Absenkung der Halde und den Rissen im Hangar trügen. Und er selbst übernahm 'tapfer' verbal die politische Verantwortung für dieses Debakel – allerdings ohne jegliche Konsequenz: Weder stellte er sein Amt für eine/n Nachfolger/in zur Verfügung noch rückte er von seinem Ansinnen ab, die HBS trotz alledem auf dem Kalkberg zu bauen. Als Augenzeuge habe ich persönlich erlebt, wie er auf offener Szene vom 'Publikum' nicht nur beschimpft, sondern auch ausgelacht wurde, wenn er auf klar und präzise gestellte Fragen ausweichend und langatmig mit Nichtantworten in Form von bereits als sein 'Markenzeichen' bekannten Sprechhülsen reagierte. Überhaupt war die inhaltliche Auseinandersetzung immer wieder durch unvollständige Kommunikationszyklen belastet, weshalb die so wichtigen Kriterien eines "konstruktiv kritischen rationalen Diskurs" nicht einmal ansatzweise erfüllt waren. Vielmehr blieb es bei vortragsartiger Einwegkommunikation oder bei Belehrungen bzw. Behauptungen als Antwort, ohne die Möglichkeit eines weiteren Nachfragens oder eines weiterführenden Austauschs von sachlich fundierten Argumenten einzuräumen. Zum Schluss hielt der an diesem turbulenten Abend meist zu spät eingreifende und wenig Struktur aufrechterhaltende Moderator 55 Karten mit unbeantworteten Fragestellungen in der Hand, die der Stadtdirektor "zeitnah" via Internet noch vor der für den April geplanten nächsten Bürgerinformationsveranstaltung zu beantworten versprach.⁵⁴

– Bürgerinformationsveranstaltung am 18.3.2017 vor Ort am Fuße des Kalkbergs: Zwei Wochen nach dem Kahlschlag am 1. Märzwochenende hatte die Stadt an einem frühen Freitagabend Anwohner und andere Interessierte direkt an den Fuß des Kalkbergs eingeladen, um nach einer Sondersitzung von drei Ausschüssen⁵⁵ vor Ort über die aktuelle Situation im Streit um die chemische Deponie als Standort für eine Rettungshubschrauberstation zu informieren. Die einhellige Meinung der rund 100 Leute, die ungeduldig auf den Beginn der Veranstaltung gewartet hatten, brachte ein

⁵³ siehe Beispiel 9 ab S. 32

⁵⁴ <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf37/kalkberg-niederschrift-zur-buergerinformationsveranstaltung-01-02-2016.pdf> und <http://www.arno-heider.de/?tag=kalkberg>

⁵⁵ <http://www.ksta.de/koeln/kalk/hubschrauberstation-politiker-streiten--besteht-am-kalkberg-eine-akute-gefahrenlage--23750948?view=fragmentPreview>

großes dreiteiliges Transparent zum Ausdruck: „Stoppt den Kalkberg-Wahnsinn.“ Der Stadtdirektor und der Sachverständige vom Institut Roger Grün „hatten es auf dem Podium schwer, sich Gehör zu verschaffen. Zu groß war der lautstarke Unmut, ja die helle Wut der Menge, die allein schon der Anblick des gerodeten Hangs aufbrachte. Der Stadtdirektor mochte noch so oft sagen, dass es aktuell nur darum gehe, den schadstoffbelasteten Berg zu stabilisieren und Umweltgefahren auszuschließen – ihm schlug reiner Argwohn entgegen, wenn er wiederholte: 'Wir tun genau das, was der Stadtrat verlangt hat.' Eine Frau empörte sich: 'Sie sind verantwortlich dafür, dass die Menschen das Vertrauen in die Demokratie verlieren.'“⁵⁶



Quelle Arno Heider Blog: (<http://www.arno-heider.de/?tag=kalkberg>)

Endlich ein Beteiligungsformat mit „konstruktiv kritischem rationalen Diskurs“: Nach den beiden vorangegangenen – unter dem Gesichtspunkt wirklich ernstgenommener Bürgerbeteiligung völlig unzureichenden und entgleisten – Bürgerinformationsveranstaltungen lud der Stadtdirektor den Hauptorganisator der BI Kalkberg, Herrn Boris Sieverts, zu einer weiteren Podiumsdiskussion ein. Je mehr er wegen seiner Entscheidungen und seines alles andere als überzeugenden Auftritts am Kalkberg ins Schussfeld der öffentlichen Kritik geriet, desto augenscheinlich wichtiger war es ihm, zumindest aus seiner Sicht weiterhin alles 'korrekt und richtig' zu machen – also auch sich einer erneuten und dieses Mal besser strukturierten Diskussion zu stellen. Der BI-Sprecher⁵⁷ rief indes bei uns von KÖLN MITGESTALTEN an, weil er Bedenken hatte, dass seine Podiumsteilnahme bei einer weiteren Veranstaltung solch schlechten Niveaus an Kommunikationskultur nur zu Alibizwecken instrumentalisiert werden könnte. Wir empfahlen ihm, eine Veranstaltung zu fordern, die so klar strukturiert ist, dass auch bei dem Gesprächsformat einer Podiumsdiskussion ein "konstruktiv kritischer rationaler Diskurs" möglich wird:

- a) die kontroversen Positionen sollten auf der einen Seite vom Stadtdirektor mit der fachlichen Unterstützung des neu bestellten Chefsanierers, Prof. Ing. Lutz H. Benner, vertreten werden und auf der anderen Seite von ihm als dem führenden Organisator der BI Kalkberg sowie dem studierten Geologen Tim Scheuch, ebenfalls aus den Reihen der Initiative,
- b) es sollte abwechselnd gleiche, mit gut sichtbarer Stoppuhr gemessene Redezeit für beide Parteien geben,
- c) der Austausch von Argumenten hatte jeweils in mehreren vollständigen Kommunikationszyklen⁵⁸ stattzufinden, so dass genügend Raum und Disziplin gegeben waren, um sicherzustellen, dass ein eingebrachter Sachbeitrag vom Gegenüber richtig

⁵⁶<http://www.ksta.de/koeln/kalk/demo-buerger-wollen-den--wahnsinn--am-kalkberg-stoppen-23751058?view=fragmentPreview>

⁵⁷ die BI Kalkberg ist Mitglied im Bündnis KÖLN MITGESTALTEN – Netzwerk für Beteiligungskultur

⁵⁸ siehe Themenbrief TEIL C, Seite 3

verstanden und mit einem sinnhaften Gegenbeitrag darauf eingegangen wurde. Behauptungen, Meinungen und Glaubensannahmen sollten sofort als solche erkannt und nur akzeptiert werden, wenn sie in Verbindung mit sachkundigem Faktencheck zu echten Argumenten taugten. Vermutungen waren als subjektive logische Schlussfolgerungen zulässig, sollten allerdings als solche kenntlich gemacht werden, besonders dann, wenn sie (noch) nicht faktenbasiert überprüft waren.

Die Bürgerinformationsveranstaltung fand am 15.6.2017 tatsächlich so statt. Dieses Mal machte der Moderator, ein gestandener Rundfunkjournalist, einen guten Job; für ihn wohl auch eine willkommene Gelegenheit, sein tatsächliches Können zu zeigen, was ihm bei der turbulenten Veranstaltung am 1.2.16 ja eher weniger gelungen war.

Kommunikation auf Augenhöhe führt zu mehr Sachlichkeit: Das redliche Bemühen um eine ehrliche, sachlich korrekte und respektvolle persönliche Haltung bei allen Beteiligten auf der Bühne wurde trotz der mit Misstrauen aufgeladenen Atmosphäre sehr bald auch von den rund 200 Besucher/innen bemerkt und geschätzt. Nicht zuletzt deshalb, weil dem Rede und Antwort stehenden Stadtdirektor kaum Möglichkeit zu seiner üblichen, ermüdend langen und sich in eher unwichtigen Details ergehenden Argumentationsweise eingeräumt wurde, so dass kritisches Nachfragen sofort bei der jeweiligen Aussage um ein oder andere Mal Widersprüchlichkeiten und bisher nicht erwähnte, aber wesentliche Daten zum Vorschein brachte.⁵⁹

Der neue Chefsanierer, Herr Benner, war sich mit dem ebenfalls kompetenten Geologen von der Gegenseite, Herrn Scheuch, durchaus darin einig, dass der Kalkberg inzwischen tatsächlich sehr instabil sei und umgehend saniert werden müsse. So stand es ja im zwei Wochen zuvor veröffentlichten Abschlussbericht des Sachverständigeninstituts Roger Grün, und auch für den Fachmann der BI gab es in diesem Punkt keinen Anlass an diesem Ergebnis zu zweifeln. Ebenso stimmten beide in der Ursachenbewertung insofern überein, dass die Gutachter von einst die Haldenbebauung aufgrund völlig unzureichender Statikuntersuchungen wie „ein Baugrundstück auf der grünen Wiese“ analysiert hatten. Zudem sei die Zufahrtstraße hinauf zur HBS viel zu tief in den Berg geschnitten worden, so dass die weichen, nicht tragfähigen Schichten des Kalkbergs offengelegt wurden.⁶⁰ Darüber hinaus setzten die beiden Experten allerdings unterschiedliche Schwerpunkte:

Quelle: Institut Roger Grün⁶¹

Quelle: <http://kalkberg.kalkpost.de/?p=1206>



⁵⁹ einige Medien berichteten über diese Veranstaltung, indem sie weiterhin nur auf die verhärteten Fronten und einige technische Angaben fokussierten (s. <http://www.ksta.de/koeln/kalk/hubschrauber-landeplatz-in-koeln-die-fronten-am-kalkberg-sind-verhaertet-24241312?view=fragmentPreview> u. <https://www.report-k.de/Titelthemen/Buergerversammlung-Kalkberg-Kein-Vertrauen-mehr-in-Stadtdirektor-Kahlen-60126>); falls die/der Redakteur/in einmal diesen Themenbrief lesen, werden sie anschließend hoffentlich ihr Augenmerk ebenso auf die wesentliche Bedeutung der Kommunikationskultur und auf den "kritisch konstruktiven rationalen Diskurs" richten. Ich war bei dieser Veranstaltung dabei und berichte hier gemäß meiner eigenen Analyse, die auf unmittelbaren Beobachtungen und einer anschließenden Blitzumfrage bei 10 Anwesenden basiert

⁶⁰ <http://www.rundschau-online.de/region/koeln/abschlussbericht-zum-kalkberg-hangar-kann-betrieben-werden-24167964>

⁶¹ https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=58499, siehe Anlage 1, Zwischenbericht 3, Bildteil <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=547150&type=do&>

Herr Scheuch wies darauf hin, dass durch den Kahlschlag und das damit verbundene massenhafte Ausreißen von Wurzelwerk, ebenso wie durch die Zerfurchung durch die Bagger zum Abtransport der Stämme, der Hang abermals stark destabilisiert wurde. Das dichte Wurzelwerk des Akazienbewuchses, das sich durch gleichzeitig flache und tiefe Verwurzelung auszeichne, habe durchaus einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Hänge geleistet. Es sei deshalb verwunderlich, dass dieser Faktor in den Berechnungen zur Hangstabilität niemals auftauchte.

Die daraufhin von Herrn Benner angeführte Erklärung, diese weitreichende Maßnahme sei zur erforderlichen Präzisionsuntersuchung des geometrischen Grundprofils durch Drohnenaufnahmen nötig gewesen, relativierte er mit der logischen Schlussfolgerung, dass, wenn zu einer solchen Untersuchung ein derart drastischer Eingriff die einzige Möglichkeit sei, weite Teile Deutschlands inzwischen ja schon längst kahl sein müssten. Und er fragte nach, ob dieser völlige Kahlschlag nicht auch deshalb, wie von der BI Kalkberg vermutet, vor dem Einsetzen der Vogelbrutzeit mit anschließendem Fällungsverbot gemacht worden sei, um schnell und umfassend handlungsfähig zu sein, falls doch noch bald ein Ratsbeschluss für groß angelegte und aufwändige Sanierungsarbeiten zustande käme. Denn damit bliebe ja auch die Option einer zügigen Instandsetzung der Hubschrauberstation und deren tatsächliche Inbetriebnahme weiterhin offen – obwohl vor der Verschlimmerung durch die massiven Eingriffe und das Befahren mit schwerem Gerät der statische Haldenzustand bei einer Beendigung des Projekts und dem Rückbau des Hangars höchstwahrscheinlich mit weitaus geringerem Aufwand hätte gesichert werden können.

Herr Benner wollte diese Vermutung mit durchaus vielsagender Mimik nicht kommentieren und zog es vor, die von ihm geplanten konkreten Sanierungsschritte kurz zu erläutern:

- a) Sanierung der Böschung im Bereich der neuen Haldenauffahrtsstraße durch Aufbringung einer Erdschüttung zur Böschungsabflachung, damit Schaffung eines Widerlagers bei gleichzeitiger Verlegung der Straße,
- b) die weiteren Böschungen sollen in fünf Bauabschnitten im Uhrzeigersinn mit Aufschüttungen und Spundwänden saniert werden.⁶²



Kommunikationsdisziplin lässt mehr Transparenz zu: Auch unter diesem Aspekt ist an diesem Abend im positiven Sinne als bemerkenswert und als Erfolg des gewählten Gesprächsformats ganz besonders hervorzuheben, dass sich der Stadtdirektor durch die konsequent und auf beiden Seiten weitgehend ohne Polemik durchgeführte Dialogfolge von Frage - Antwort mit Argument - Nachfrage mit Gegenargument usw. zügig, unausweichlich und ohne Ablenkungen dem Kernsachverhalt des jeweils fokussierten Problems stellen musste. In geistig und emotional geradezu erlösender, weil von

⁶² https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=58499, siehe Anlage 1, Zwischenbericht 3, Textteil, <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=547149&type=do&> und <http://www.rundschau-online.de/region/koeln/plaene-zu-spaet-eingereicht-kalkberg-wird-erneut-teurer---sanierung-laeuft-aus-dem-ruder-25667732>

Vernebelung befreiender Weise wurde dies deutlich, als für Sekunden knisternd gespannte Stille im Saal herrschte und dann allen Anwesenden an zwei Beispielen klar wurde, dass soeben trotz versuchter Ausflüchte tatsächlich die Wahrheit ungeschminkt ans Licht kam.

Beispiel 1 – Unzureichende Kommunikation und Koordination zwischen den beteiligten Fachämtern: Zur Untersuchung der Schichtfolge und der Statik der Deponie waren in den Wochen zuvor insgesamt vier Bohrungen durch den Deponiekörper bis zu dessen Basis abgeteuft worden. Nun kam heraus, dass bei mindestens zwei dieser Bohrungen im Kern der Deponie nicht nur Kalkschichten erschlossen wurden, die zum Teil so weich und fließfähig sind, dass das Bohrgestänge bei der Bohrung an der Nordflanke allein durch sein Eigengewicht bei einer Tiefe von 28 bis 30 m ohne Schlag durchfiel. Vielmehr drangen auch üble Gerüche ins Freie, weshalb die Löcher rasch wieder versiegelt wurden. Der Sprecher der BI wollte wissen, warum das Umweltamt nicht umgehend hinzugerufen wurde, um zu prüfen, ob bzw. mit welchen möglicherweise hochgiftigen Stoffen, z. B. Cyaniden⁶³, man es zu tun hatte. Die Antwort des Gutachters: „Wir haben gebohrt, um die Stabilität der Halde zu untersuchen und nicht die Giftstoffe.“ Die im Saal anwesende stellvertretende Leiterin des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes räumte schließlich ein Kommunikationsproblem ein, dessen genauer Ablauf allerdings nicht mehr rekonstruiert werden könne. Im Klartext, so war es für das aufmerksame Publikum naheliegend, hieß das: Die eine Hand wusste einmal mehr nicht, was die andere tat! Auch kam durch diese Intransparenz die Frage auf, ob heikle Informationen vielleicht sogar bewusst unter Verschluss gehalten würden. Obendrein, so musste die Verwaltungsbeamtin einräumen, waren die für die Messung der Statik gezogenen Bohrproben mittlerweile für die Untersuchung auf Giftstoffe unbrauchbar und es waren neue Bohrungen zu tätigen, um weitere Aufschlüsse über die Inhalte des Kalkbergs zu erlangen.⁶⁴

Beispiel 2 – Eine 'nutzungsneutrale' Sanierung des Kalkbergs, dies zeigten die Reaktionen im Saal, wurde von den anwesenden Bürger/innen aufgrund der sofortigen Ablehnung der Prüfung einer alternativen Sanierungsstrategie eher als vordergründige Behauptung und als Beschwichtigungsmanöver wahrgenommen: Auf die Überlegung des Geologen der BI Kalkberg, doch auch eine weitaus weniger aufwändige Sanierungsvariante zu prüfen, die die Stabilität des Kalkbergs wiederherstelle, indem noch mehr Material von der Kuppe abgetragen und an den Stellen angelagert werde, wo es zur Abflachung und als Widerlager benötigt werde, reagierte der von der Stadt beauftragte Gutachter kurz angebunden. Ohne entsprechende Untersuchungsergebnisse vorzulegen, argumentierte er, dieses Material weise nicht die notwendigen (Scher-⁶⁵)Eigenschaften auf, so dass der Böschungswinkel so flach sein müsste, dass der benachbarte Bolzplatz unter der Böschung verschwände.⁶⁶

Die Prüfung dieser Möglichkeit gehörte ohnehin nicht zum Spektrum des erteilten Prüfauftrags einer 'nutzungsneutralen' Sanierung. Denn hätte sie sich womöglich als richtig erwiesen, befänden sich damit alle Ratsmitglieder in der Situation, sich umgehend und endgültig für oder gegen die Hubschrauberstation auf dem Kalkberg entscheiden zu müssen. Für eine vernünftige und tatsächlich zügige Lösungsfindung wäre dies durchaus keine schlechte, sondern eine dringend gebotene Ausgangslage, denn so oder so galt und gilt es, die Kosten für eine HBS-taugliche Sanierung – falls eine solche tatsächlich möglich sein sollte – gegen die Kosten im Falle des Abrisses und des Neubaus an einem anderen Standort gegeneinander abzuwägen. Im letzteren Fall, so die Befürchtung des Rats, würden zu all den anderen Kosten für die gigantische

⁶³ siehe: <http://www.ksta.de/koeln/kalk/hubschrauberstation-gutachter-entdecken-giftiges-grundwasser-im-kalkberg-24161820?view=fragmentPreview>, Cyanide sind Salze und andere Verbindungen der Blausäure, wobei wasserlösliche Cyanide an feuchter Luft teilweise hydrolysiert werden und deshalb nach Bittermandeln riechen

⁶⁴ siehe: <https://www.report-k.de/Titelthemen/Buergerversammlung-Kalkberg-Kein-Vertrauen-mehr-in-Stadtdirektor-Kahlen-60126>

⁶⁵ Scherparameter eines Bodens oder Gesteins sind die Haftfestigkeit und der Reibungswinkel, unter dem ein Festkörper oder ein körniges Material belastet werden kann, ohne abzurutschen

⁶⁶ <http://www.rundschau-online.de/region/koeln/schadstoffe-erste-sanierungsphase-am-kalkberg-laeuft---neue-plaene-nach-der-sommerpause-24630124>

Fehlinvestition sämtliche juristischen Anstrengungen bezüglich eventuell einklagbarer Entschädigungsansprüche gegenüber den früher beteiligten Planungsbüros und Baufirmen unwiderruflich verloren gehen, so dass auch diese Kosten allein an der Stadt hängen blieben.

Weitere Nahrung für die Skepsis gegenüber der Formulierung einer "nutzungsneutralen" Sanierung: Der bei dieser Bürgerinformationsveranstaltung am 15.6.2016 im Odysseum spürbar im Raum stehende Verdacht, die sog. 'nutzungsneutrale' Sanierung diene nicht nur der Legitimierung für das Hinauszögern einer definitiven Entscheidung des Rates der Stadt Köln, sondern auch dem Kaschieren der weiterhin fest beabsichtigten Inbetriebnahme der HBS auf dem Kalkberg von Seiten des Stadtdirektors und des Feuerwehrchefs, fand eine Woche später durch die Äußerungen des Gutachters Benner in der gemeinsamen Sondersitzung des Umwelt- und des Bauausschusses am 20.6.2016 weitere Nahrung. Dort packte er wieder das Argument mit der unzureichenden Schereigenschaft des Haldenkopfmaterials auf den Tisch. Technisch sei es allerdings möglich, einen großen Teil davon, etwa 9 Meter, abzubauen und für die Randbereiche zur Stabilisierung des Berges zu nutzen. Nach Osten sei der Umbau damit gar kein Problem, es könne dort 1 zu 1 eingesetzt werden. Nach Westen hingegen würde der Berg damit etwas flacher sein als mit dem üblicherweise für diese Zwecke genutzten Erdreich, weshalb dieses von woanders geholt und zumindest additiv hinzugefügt werden müsse, um eine sichere Statik zu erreichen. Und nach Norden sei die Lage so, dass aufgrund der unzureichenden Materialeigenschaften entweder die Stützwände 1 bis 2 Meter höher sein oder alternativ nach außen rücken müssten. Bezüglich der Verlegung der Hangauffahrt sei angedacht, zunächst eine sog. "Baustraße" zu entwickeln, also auf dem Deponat eine Schotterdecke aufzubringen, die im Nachhinein mit einer schottergestemmtten Sanddecke bedeckt werden könne, so dass sie später gut geeignet sei, um darauf zu laufen oder auch Fahrrad zu fahren.

Das Bemerkenswerteste hinsichtlich des Dissenses über die Formulierung einer "nutzungsunabhängigen" Sanierung war aber seine Äußerung, dass, vor dem Hintergrund der Stabilitätssicherheit als maßgeblichem Element, mit "nutzungsunabhängig" auch "restriktionsfrei" gemeint sei, also frei von Beschränkungen und somit kein Unterschied zwischen restriktionsfreier und Luxussanierung existiere.⁶⁷

Werfen wir nun einen Blick darauf, wie genau die Kommunikation in diesem Beispiel gut praktiziert worden ist und auf welchen Ebenen des Kommunikationsdreiecks:

- a) Auf der Kommunikationsebene ermöglichte das strikte Beachten von vollständigen Kommunikationszyklen bis hin zur angemessenen sachlichen Vertiefung die weitgehende Reduzierung von inhaltlichen Missverständnissen und von polemischen Scharmützeln, die sonst durch Kränkungen und emotionale Blockaden stimuliert worden wären. Obwohl in der grundlegenden Sache – HBS auf dem Kalkberg, ja oder nein? – keine hinreichend große Schnittmenge an gemeinsam vertretbaren Argumenten und Schlussfolgerungen gefunden wurde, schuf der strikt eingehaltene Diskurs auf Augenhöhe trotz der mit Händen zu greifenden Spannungen eine respektvolle und konstruktive Atmosphäre.
- b) Auf der Inhaltsebene gab es eine deutliche Übereinstimmung darin, dass der Kommunikationsprozess als solcher dieses Mal gut gelaufen war – so mein Eindruck als beobachtender Teilnehmer und so die Antworten auf meine unmittelbar im Anschluss durchgeführte Kurzbefragung von zehn Anwesenden aus verschiedenen Lagern und Kreisen. Auf Seiten der BI zeigte man sich erfreut über die gegebene Transparenz und öffentliche Aufdeckung von nicht mehr wegzudiskutierenden bzw. zu vertuschenden sachlichen Ungereimtheiten wie z.B. die nur sechs Meter tiefen Statikuntersuchungen als sträflich vernachlässigter Entscheidungsfaktor bei der Standortwahl und beim Kauf des Geländes, sowie die "nicht mehr rekonstruierbare"

⁶⁷ Stellungnahme in der gemeinsamen Sondersitzung des Umwelt- und des Bauausschusses vom 20.6.17
<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=567116&type=do&>

Kommunikationspanne zwischen der Gutachterfirma und dem Umweltamt bei den vier erst jüngst durchgeführten Tiefenbohrungen. Die Unterschiedlichkeiten bei den Auffassungen und Ergebnissen in der Sachanalyse und bei den Wegen zur Problemlösung wurden ebenso klar herausgearbeitet und mit Argumenten zu begründen versucht wie die teilweise sachlichen Übereinstimmungen. Nicht durch Fakten belegte Behauptungen, Meinungen und ungerechtfertigt starre Überzeugungen wurden als solche schnell erkannt und fanden wenig Raum, so dass sie die kontroverse Auseinandersetzung nicht zusätzlich belasteten. Trotz durchaus vorhandener geistiger Widerstände wurden so auch die unterschiedlichen Perspektiven deutlich. Und das jeweilige Eingebundensein der Beteiligten in jeweils gegebene Zusammenhänge und sich daraus ableitende Handlungslogiken⁶⁸ wurde als solches ansatzweise besser nachvollziehbar.

- c) Auf der Beziehungsebene war der Weg frei für einen "konstruktiv kritischen rationalen Diskurs" als fairem Disput. Mitschwingende Persönlichkeitsanteile der daran Beteiligten – wie z.B. sich nicht ernstgenommen und getäuscht zu fühlen, Wut ebenso wie Starrsinn oder taktisches Verhalten wegen nicht offengelegter Interessen etc. – waren erkennbar und fanden durchaus eher nachsichtiges menschliches Verständnis als dies, überdeckt von Verhärtungen inhaltlicher Positionen durch ein Niveau von Meinungen, Behauptungen, festgefahrenen Überzeugungen oder Glaubenssätzen, möglich gewesen wäre. Wären auf den wesentlichen Informations-, Diskussions- und Beschlussebenen die nächsten Schritte dieses Projektverfahrens in dieser Kommunikationsqualität weitergeführt worden, so hätte sich bald wohl auch ein Szenario entwickeln können, das es den Mitgliedern des Stadtrats noch dringlicher geboten, sie aber auch dazu ermutigt hätte, eine definitive Entscheidung für oder gegen den Rückbau der HBS nicht länger vor sich her zu schieben – trotz der bereits investierten hohen Kosten und eines so oder so gegebenen weiteren bitteren Imageschadens für die Kölner Stadtpolitik und Verwaltung. Denn:

Eine sachlich angemessene, tatsächlich und eindeutig faktengeprüfte, nicht zuletzt auch von der Öffentlichkeit und dem 'gesunden Menschenverstand' gut nachvollziehbare Sachentscheidung ist und bleibt der geeignetste Nährboden für Vertrauen in die Kompetenz und Glaubwürdigkeit der Planer und Entscheider einer Stadt und für die Kooperationsbereitschaft der darin lebenden Menschen.

Zu den Folgen: Wären Vertreter/innen der betroffenen und interessierten Bürger/innen sowie andere für das Gemeinwohl in Köln engagierte Akteur/innen der Stadtgesellschaft im Rahmen eines wirklich guten Bürgerbeteiligungs- und Diskursformats frühzeitig in die Suche nach Alternativstandorten zum Krankenhaus Merheim mit einbezogen, zumindest aber wirklich transparent und in einem Stadium der Ergebnisoffenheit informiert worden – so hätte dieses skandalös verlaufende Projekt mit höchster Wahrscheinlichkeit längst ein vernünftiges Ergebnis gefunden, weitaus kostengünstiger und mit einem in Anbetracht aller Umstände am besten geeigneten Standort der HBS. Stattdessen blieb diese in sich gelungene und in einem Format des "konstruktiv kritischen rationalen Diskurs" erfolgreich durchgeführte Veranstaltung in ihrer konsequenten Anwendung bisher ziemlich einmalig, auch wenn einige weitere Ansätze in dieser Richtung zuweilen zustande gekommen sind und zukünftig hoffentlich noch stärker zum Einsatz kommen.

Beachtung finden sollte hierbei auch Folgendes: Der "konstruktiv kritische rationale Diskurs" ist ein flexibel und mehrstufig einsetzbares Kommunikationsformat mit methodischem Ablauf: Er kann nur dann wirklich zum Erfolg führen, wenn klare Regeln angewendet und eingehalten werden. Als wichtiges Schlüsselwerkzeug kann er jedoch nicht 'nur' in Form einer Podiumsdiskussion genutzt werden. Vielmehr sollte er zum jeweils geeigneten Zeitpunkt oder auch in mehreren Prozessabschnitten/-stufen in Form verschiedener Settings (z.B. Fishbowl, gruppendynamisches Rollenspiel, strukturierter Dialog etc.) in jedes seriöse Bürgerbeteiligungsformat integriert sein.

⁶⁸ siehe Themenbrief TEIL B, S. 3 und ⁸

- **Ausführliche (Fall-)Dokumentation zum Kalkberg-Projekt anhand von neun konkreten Negativbeispielen – die Planung und teilweise Durchführung der Kalkbergbebauung als Aneinanderreihung von Kommunikationsbrüchen mit schwerwiegenden materiellen, finanziellen und sozialpsychologischen/politischen Folgen**

Beispiel 1 – Frühzeitige Festlegung auf den Kalkberg als alternativlosem Standort der HBS ohne rechtzeitige und angemessen vollständige Information der Öffentlichkeit : Im Juli 2005 entschied der Rat der Stadt Köln, den Kalkberg mit der GSE in Öffentlich-Privater-Partnerschaft (ÖPP)⁶⁹ als neuen Standort für den beim Krankenhaus Merheim stationierten Rettungshubschrauber Christoph 3 und den vorübergehend auf dem Gelände des Flughafens Köln/Bonn stationierten Intensivtransporthubschrauber Christoph Rheinland zu planen⁷⁰. Handlungsdruck war entstanden, als sich 2004 abzeichnete, dass der Standort in Merheim den internationalen und nationalen Sicherheitsbestimmungen betreffs der erforderlichen Hindernisfreiheit⁷¹ nicht mehr entsprechen würde, sobald die städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG ihren Plan, auf dem ehemaligen Gelände des Pharmaunternehmens Madaus in unmittelbarer Nähe eine Neubausiedlung zu errichten, in die Praxis umsetzte. Die GAG hatte sogar 1 Mio. € Investitionskostenbeihilfe bereitgestellt für den Fall, dass die Station bis spätestens 2007 von dort verschwand. Aus der Ratsbeschlussvorlage ging hervor: Die zuständige Verwaltungsstelle hatte anhand einer Bewertungsmatrix⁷² – die letztendlich die Verfügbarkeit des Geländes sowie die zu erwartende zeitliche Realisierbarkeit der erforderlichen (Bau-) Maßnahmen als ausschlaggebende bzw. ausschließende Kriterien berücksichtigt – alle anderen Örtlichkeiten verworfen.

Die Bürger/innen hatten erst aus einer Randnotiz in der Zeitung von dem Plan mit der HBS auf dem Kalkberg erfahren, zu einem Zeitpunkt, als die entsprechende Beschlussvorlage bereits in der Schublade bereitlag, um sie auf den Weg durch die politischen Instanzen (Bezirksvertretung, Gesundheits-, Umwelt-, Bauausschuss etc.) zu bringen. Auf einer von betroffenen Anwohnern in Buchforst eilig einberufenen Versammlung hatte es Proteste gehagelt, woraufhin die Stadt zu einer Bürgerinformationsveranstaltung einlud, die von den aufgebrachten Gemütern größtenteils so erlebt wurde, dass ihnen mit verkürzten und einseitigen Darstellungen die Alternativlosigkeit zum Kalkberg plausibel gemacht und Befürchtungen beschwichtigt werden sollten.⁷³

Folgende Kommunikationsbrüche hatten zu dieser emotional sehr aufgeladenen Streitsituation geführt:

- a) Auf der Kommunikationsebene⁷⁴ war es vonseiten der Verwaltung verabsäumt worden, die betroffenen und interessierten Bürger/innen frühzeitig über dieses Projekt zu informieren. Das hatte ihnen die Möglichkeit zu einem angemessen zeitnahen Feedback genommen und so einen vollständigen Kommunikationszyklus verhindert.⁷⁵ Nur vollständige Kommunikationszyklen ermöglichen aber die Reduzierung von Missverständnissen, die, wenn sie nicht erkannt und aufgelöst werden, zu Kommunikationsirritationen führen, die das Gespräch von beiden Seiten entgleisen lassen – z.B. durch Verhärtungen von inhaltlichen Positionen auf dem Niveau von Meinungen, Behauptungen, starren Überzeugungen oder Glaubenssätzen. Zudem ermöglichte die Einwegkommunikation der Bürgerinformationsveranstaltung – ein Stil, wie er mit informatorischen Belehrungen und in Kenntnis setzen von mehr oder weniger bereits als 'alternativlos' dargestellten Planungsergebnissen bis heute

⁶⁹ ÖPP=Öffentlich Private Partnerschaft (engl.PPP=public private partnership) bezeichnet eine Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Unternehmen bei der Finanzierung, Errichtung und Instandhaltung sowie beim Betrieb der Infrastruktur

⁷⁰ <http://docplayer.org/6956305-N-i-e-d-e-r-s-c-h-r-i-f-t.html> (ab S. 54)

⁷¹ <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/feuerwehr/hubschrauber/hindernisfreiheit>

⁷² <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=332709&type=do&>

⁷³ http://kalkberg.kalkpost.de/?page_id=569

⁷⁴ siehe grafisches Modell Themenbrief TEIL C, S. 5

⁷⁵ siehe Grafik Themenbrief TEIL C, S. 3 und Indikator "Nichtbestätigung" auf Seite 12

noch leider viel zu häufig vorherrscht – keinen “konstruktiv kritischen rationalen Diskurs“ auf Augenhöhe mit dem Austausch von Argumenten und zu klärenden Punkten incl. sorgfältigem, gemeinsam nachvollziehbarem Faktencheck.

- b) Auf der Inhaltsebene wurde die von der Verwaltung anhand der Matrix angeführte Gewichtung der Kriterien von den anwesenden Bürger/innen als nicht vollständig und die darauf basierende Argumentation als nicht schlüssig infrage gestellt. Weder der Einfluss der geplanten ÖPP mit der GSE auf die Gewichtung der Matrixkriterien zugunsten des Kalkbergs als einzig verbleibender und vermeintlich schnell zu realisierender Lösung wurde offen, zumindest nicht offen genug, von den Vertretern der Verwaltung kommuniziert, noch die 1 Mio. € von der GAG für eine termingerecht vor dem Siedlungsbaubeginn eingehaltene Räumung. Nicht zuletzt auch deshalb wurden zum damaligen Zeitpunkt spontane Äußerungen ehemaliger CFK-Arbeiter und alteingesessener Kalker und Buchforster Bürger/innen überhört, die seit Jahrzehnten das Ablagern von Chemiemüll auf der Deponie mitverfolgt hatten und sich nicht vorstellen konnten, dass jemand überhaupt in Erwägung zog, oben auf solch eine instabile Masse ein schweres Gebäude zu packen.
- c) Auf der Beziehungsebene fühlten sich die Bürger/innen von den Vertretern der Verwaltung nicht wirklich ernstgenommen, weil diese zum einen nicht frühzeitig von sich aus das Gespräch mit ihnen gesucht hatten, und zum anderen weil sie den Eindruck hatten, dass die ganze Veranstaltung letztendlich nur aus alibitaktischen Beschwichtigungsgründen und im Zusammenhang mit sowieso früher oder später anstehenden baurechtlichen Verfahrensvorschriften⁷⁶ durchgeführt wurde. Nimmt man zudem nicht ganz unberechtigt an, dass ihnen⁷⁷ durch die hauptsächliche Fokussierung auf das Problem der Lärmbelästigung und anderer Störungen der Kategorie „nicht vor meiner Haustür“ unter der Hand eher die Rolle aufgebracht, ausschließlich von Privatinteressen getriebener Wutbürger zugeschoben wurde, anstatt ihr Anliegen einer gründlichen Klärung des Gefährdungspotenzials (zu unsichere Statik, Grundwasserverunreinigung mit Giftstoffen) im Interesse des Gemeinwohls wirklich angemessen zu würdigen – so wäre ein weiterer Kommunikationsbruch auf der Beziehungsebene gegeben.

Zu den Folgen: Wären Vertreter/innen der betroffenen und interessierten Bürger/innen sowie andere für das Gemeinwohl in Köln engagierte Akteur/innen der Stadtgesellschaft im Rahmen eines wirklich guten Bürgerbeteiligungsformats frühzeitig in die Suche nach Alternativstandorten zum Krankenhaus Merheim mit einbezogen worden, zumindest aber in den Auswertungsprozess anhand einer tauglichen Matrix– so wäre den Kölner/innen möglicherweise das Riesenproblem mit dem Kalkberg erspart geblieben, mit dem wir es heute zu tun haben. Denn den berechtigten Bedenken an der technischen Machbarkeit wäre wohl konsequenter nachgegangen worden, weil dann der Blickwinkel der Bürger/innen die interessenbedingt selektiven Blickwinkel der sozialen Teilsysteme⁷⁸ Verwaltung, Investor und Politik um eine korrigierende Perspektive bereichert hätte. Zum Beispiel mit der Frage, ob ausreichende Untersuchungen zur statischen Belastbarkeit des Kalkbergs durchgeführt wurden und belegt werden können!

Stattdessen entgleiste das Planungs- und spätere Genehmigungsverfahren bereits hier in ein von Misstrauen, Missverständnissen und Halbwahrheiten polarisiertes Niveau, das unserer gelebten Demokratie nicht ‘nur’ einen weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit beschert, sondern auch ins Unabsehbare steigende Projektkosten. Mehr dazu in weiteren Beispielen. Doch eines steht für viele Kölner/innen, die sich auf ihren gesunden Menschenverstand berufen, fest, wenn man sie zu diesem Thema anspricht: Hätten wir 2005 schon gewusst, was wir heute wissen, dann wäre der Kalkberg als neuer Dauerstandort für die beiden Rettungshubschrauber mit hoher Wahrscheinlichkeit wegen

⁷⁶ siehe Baugesetzbuch § 3 zur Beteiligung der Öffentlichkeit: <https://dejure.org/gesetze/BauGB/3.html>

⁷⁷damals schon wie bei der per Mitschrift gut dokumentierten Bürgerinformationsveranstaltung vom 28.11.2011 <https://politik-bei-uns.de/file/54a2063e1ae6a019fe28fcf>

⁷⁸ siehe ⁶⁸

zu großer bautechnischer und umweltbelastender Probleme, aber auch wegen eklatanter Unwirtschaftlichkeit von vorneherein als auf keinen Fall machbar eingestuft worden.

Beispiel 2 – Schwerwiegende Bedenken des Rechnungsprüfungsamts wegen des geplanten Mietvertrags im Rahmen einer ÖPP mit der GSE: Tatsächlich empfahl das städtische Rechnungsprüfungsamt (RPA) 2006, dem Mietangebot der GSE wegen Bedenken bezüglich der Wirtschaftlichkeit nicht zu folgen.⁷⁹ Nach dessen Auffassung war die Verzinsung für die von der GSE angegebenen Baukosten in Höhe von 4,9 Mio.€ brutto viel zu hoch, weil die Stadt das Risiko für etwaige Kostenerhöhungen tragen sollte. Obendrein waren die bereits 1999 aufgrund sanierungsvertraglicher Bindungen vom Projektentwickler (Grundstücksverwerter) erbrachten Bauleistungen für das Ableitungssystem des Oberflächenwassers und für das Auffangbecken mit einberechnet. In der vorgelegten Kostenberechnung fehlten auch konkrete Einzelpositionen mit entsprechenden Mengenangaben und Preisen, so dass sie nicht einmal den Mindestanforderungen für eine standardgemäße Prüfung entsprach.

- a) Auf der Kommunikationsebene gab es, zumindest auf offiziellen Wegen, keinen oder zu wenig direkten Informationsfluss zwischen den politischen Entscheidern und dem Projektträger GSE, da nur der kleine Kreis des Projektteams⁸⁰ mit diesem plante und verhandelte. Die Bürger/innen wurden weiterhin nur unzureichend informiert oder gar an der Planung in geeigneter Form beteiligt.
- b) Auf der Inhaltsebene gab es also auch hier einen Kommunikationsbruch, dieses Mal verwaltungsintern, der zwar eine schleppende Phase der erneuten Untersuchung von Alternativstandorten durch das Projektteam auslöste – an der unbedingt gewollten Entscheidung änderte dies aber nichts. Das nur mit der GSE und dem Kalkberg verknüpfte ÖPP-Angebot war zum damaligen Zeitpunkt noch zu verlockend, um es wieder zu verwerfen und intensiv nach potenziell geeigneten Alternativen zu suchen, diese nachdrücklich in Erwägung zu ziehen und entsprechende Regelungen anzustreben. Dabei wäre auch zu klären bzw. schlüssig zu begründen gewesen, ob und inwiefern ein dauerhafter Standort auf dem Kalkberg – sofern tatsächlich technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar – wegen seiner stadtzentralen Lage und der kurzen Wege zu den nächsten Fachkliniken überhaupt einige substantielle Vorteile für den Rettungsdienst der Kölner Feuerwehr und deren optimales Serviceangebot brächte.
- c) Auf der Beziehungsebene verstärkten sich Zweifel der Rats- und Fachausschussmitglieder an der Seriosität der GSE als sorgfältig planendem Projektpartner. Und das Misstrauen in der Bevölkerung wurde auch nicht weniger.

Zu den Folgen: Die vermeintlich schnelle Realisierbarkeit des Projekts und die Lösung des Problems der neuen Standortsuche zog sich weiter ergebnislos in die Länge, Unmut und Skepsis der Öffentlichkeit wurden größer, und die bereits entstandenen Planungskosten (einschließlich der Architektenrechnungen für die bereits fertigen Baupläne des Hubschrauberhangars) stiegen immer weiter.

Beispiel 3 – Langwierige gerichtliche Auseinandersetzung um die flugrechtliche Genehmigung: 2007 kam es zu einer zusätzlichen Verzögerung, weil die Bezirksregierung Düsseldorf vor Erteilung der luftrechtlichen Genehmigung den betroffenen Anwohner/innen im Februar an zwei Terminen Gelegenheit zur öffentlichen Erörterung gab und deren Einwände anschließend sorgfältig juristisch überprüft und bewertet werden mussten, um das Risiko von langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen möglichst zu vermeiden.⁸¹ Schließlich wurde die luftrechtliche Genehmigung erst im Oktober 2008

⁷⁹ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=333413&type=do&>

⁸⁰ im Wesentlichen bestehend aus dem Stadtdirektor als dem Leiter des zuständigen Verwaltungsdezernats, dem Direktor der Berufsfeuerwehr Köln sowie dem ärztlichen Leiter/ Chefadministrator des Rettungsdienstes Köln

⁸¹ im Oktober 2010 erreichte die Kölner Verwaltung, dass die Bezirksregierung Düsseldorf aus Dringlichkeitsgründen, also wegen der Planungssicherheit beim eventuellen Ankauf des Kalkbergs durch die Stadt Köln, die sofortige Vollziehbarkeit der luftrechtlichen Genehmigung anordnete, obwohl das VG Köln die Klage erst im Juli 2011 zurückwies – dies, weil die Klägerin im Juli 2010 verstorben war und für die Hinterbliebenen keine

erteilt, woraufhin eine Anwohnerin dennoch zwei Monate später beim Verwaltungsgericht (VG) Köln eine Klageschrift einreichte. Ein ganzes Jahr später, am 4.11.2009, gab es ein Erstgespräch für ein Mediationsverfahren, das allerdings im April 2010 vom Verwaltungsgericht für gescheitert erklärt wurde.⁸²

- a) Auf der Kommunikationsebene sind gerichtliche Kommunikationsbrüche durch viel zu lange unvollständig bleibende Kommunikationszyklen (Kommunikationsverschleppung) nicht die Ausnahme, sondern die Regel, was systemimmanenten Abläufen und chronischer Arbeitsüberlastung des Personals geschuldet ist. Der schriftliche und verbale Austausch zwischen den Verwaltungsvertretern und den aufgebrachten Bürger/innen war aufgrund der geschehenen Kommunikationsbrüche inzwischen ohnehin so belastet, dass eine Mediation nur noch unüberbrückbare Gegensätze feststellte, die es auf juristischem Weg zu klären galt.
- b) Auf der Inhaltsebene standen sich die Argumente und Situationseinschätzung von Seiten der Stadtverwaltung und von Seiten der engagierten Bürger/innen ebenso unversöhnlich gegenüber, weshalb eine betroffene Anwohnerin ja auch stellvertretend Klage eingereicht hatte.
- c) Auf der Beziehungsebene hatten sich längst Misstrauen, Unterstellungen und Beschuldigungen zu Feindbildern wie „die selbstherrlich ‚regierende‘ Verwaltung macht eh, was sie will“ und „die Bürger sind eh unbelehrbar“ verfestigt. Der Weg des gemeinsamen Faktenchecks und der Suche nach tragfähigen gemeinsamen inhaltlichen Schnittmengen war gründlich verbaut.

Zu den Folgen: Weiterhin keine zügige und gute Lösung des Standortproblems in Sicht. Doch im April 2008 wurde der Rettungshubschrauber (RTH) aus Merheim zu dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) auf dem Gelände des Flughafens Köln/Bonn gestellt; zwar nur für eine Übergangsfrist, aber so gab es keinen ganz akuten Handlungsdruck mehr, der von der Verwaltung ursprünglich – und nach wie vor – als eines der Hauptargumente ins Feld geführt wurde. Zusätzlich entlastend, zumindest für den Moment, war, dass die GAG nach der einigermaßen fristgerechten Räumung die vereinbarten 1 Mio. € überwies.

Beispiel 4 – Die GSE macht Zahlungsdruck und die ÖPP zeigt erste Risse ihrer Vertrauenswürdigkeit: Die GSE machte daraufhin im Mai 2008 umgehend die Erstattung von Planungskosten geltend, da es immer noch nicht zum Abschluss eines Mietvertrages gekommen war. Allerdings legte sie keine abrechnungsfähigen Belege vor. Fortan zog sich nicht nur das luftrechtliche Genehmigungsverfahren hin, sondern auch die vereinbarte ÖPP bekam Risse. Sowohl in Kreisen der Politik als auch beim Investor wuchsen die Zweifel an der tatsächlichen Realisierung des Projekts auf dem Kalkberg. Doch noch war das 'Aussitzen' bevorzugte 'Lösungsstrategie'.

- a) Auf der Kommunikationsebene blieben die offenen Kommunikationszyklen zumindest in der Öffentlichkeit vorerst weitgehend unerwähnt.
- b) Auf der Inhaltsebene schwelten die unterschiedlichen Lösungsvorstellungen als Konfliktfeld zwischen Bürger/innen und Verwaltung weiter. Und auch die Politik begann sich wieder zu fragen, ob der eingeschlagene Weg überhaupt der richtige sei.
- c) Auf der Beziehungsebene wuchs bei immer mehr politischen Repräsentant/innen der Unmut darüber, dass sie von der Verwaltung und der GSE kaum mehr klärende Informationen bekamen als die Bürger/innen, aber auch die Medien. Die GSE wiederum ärgerte sich, dass der ÖPP-Deal mit der Stadt nicht endlich realisiert wurde – was ihr vorerst kein Geld einbrachte, sondern nur Kosten.

Klagebefugnis bestand. Diese stellten dennoch einen Antrag auf Zulassung der Berufung. Im April 2012, d.h. nach vier Jahren, wurde die luftrechtliche Genehmigung bestandskräftig, weil das Oberverwaltungsgericht Münster den Antrag zurückwies

⁸² <https://politik-bei-uns.de/file/563e6b8a1ae6a07a198860e9>

Zu den Folgen: Der Weg in ein technisches und finanziell unabsehbares Wagnis zeichnete sich immer deutlicher ab und wurde von den Beteiligten, bedingt durch die jeweiligen Leitinteressen, unterschiedlich konsequent konfrontiert.

Beispiel 5 – Rückzug der GSE aus der ÖPP, wobei sie dennoch möglichst viel Geld mit dem Geschäft machen will, wohingegen die Stadt mit dem Beschluss des Geländekaufs versucht, „zu retten, was vermeintlich noch zu retten ist“: Im Februar 2010 schließlich teilte die GSE der Verwaltung mit, dass sie nicht mehr langfristig als Investor zur Verfügung stehe. Stattdessen bot sie zwei weitere Optionen an: Entweder die Stadt kauft ihr den Kalkberg ab und baut selbst die Hubschrauberstation darauf, oder die GSE baut diese so schnell wie möglich – und die Stadt kauft ihr dann das ganze Gelände mit dem schlüsselfertigen Gebäude ab. In der Folge dieses taktischen Manövers sah sich die Verwaltung genötigt, entweder auf eines dieser Angebote einzugehen – oder, falls doch ein Alternativstandort zu finden war, nochmal neu anzufangen, damit aber mehr Zeit und Geld zu verlieren. Dies zumal die GSE kurz darauf ihre bislang im Auftrag der Verwaltung erbrachten Planleistungen mit den nötigen Belegen nachwies. Sie forderte, nun rechtskräftig, 558.522,05€ incl. Verzugszinsen für den Zeitraum 2005 bis 2010. Damit hatte sie quasi die Scheidung vom ÖPP-Projekt Kalkberg eingereicht, und die Verwaltung sah sich einen weiteren Schritt in Zugzwang.

Nach dezernatsübergreifender Absprache entschied sie sich dazu, mit dem Investor in Kaufverhandlungen zu treten. Parallel erwirkte sie im Eilverfahren über einen eigens beauftragten Fachanwalt eine Dringlichkeitsanordnung der Bezirksregierung Düsseldorf zur sofortigen Vollziehbarkeit der luftrechtlichen Genehmigung ab dem 27.10.2010 – also noch bevor das VG Köln über die anhängige Klage entschieden hatte. Und sie unternahm auch die anderen erforderlichen Schritte, damit dem Rat möglichst bald eine entsprechende Beschlussvorlage für den Kauf des Kalkbergs unterbreitet werden konnte.

Interessanterweise zog sie in ihrer Argumentation jetzt ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur skandalösen Vergabe des Kölner Messeneubaus an den Oppenheim-Esch-Fonds heran⁸³ – also ein ÖPP-Projekt, das 2003 nach einem ähnlichen Muster wie das Kalkberg-Projekt gestrickt worden war, seinerzeit unter dem Zeitdruck, dass die Messegesellschaft dringend Ersatz für ihre an RTL aufgegebenen Rheinhallen benötigte.⁸⁴ Nicht nur die Vergabe des Bauauftrags hatte sich als rechtswidrig herausgestellt, weil der Oppenheim-Esch-Fond diesen ohne jede Ausschreibung bekommen hatte. Hinzu kam, dass eben dieser Fond als Eigentümer der neuen Hallen horrende Mieten kassierte, was erst 2010 mit der Kündigung ein Ende fand, als die EU mit einem Zwangsgeld in Millionenhöhe drohte.⁸⁵ Bei der Kalkberg-ÖPP hatte sich die Verwaltung mit der GSE auf einen wirtschaftlich ähnlich abenteuerlichen Deal eingelassen, der zudem auch in technischer Hinsicht durchaus sehr abenteuerlich oder, wie sich später dann tatsächlich herausstellte, unverantwortlich fahrlässig war.

Mit dem Ankauf des Geländes sollte die HBS nun in Eigenregie gebaut werden, verbunden mit der Hoffnung, dadurch endlich aus der selbst mitverschuldeten Problemlage zu gelangen. Als ersten Teilerfolg verbuchte sie für sich, dass sie im November 2010 die Rechnung der GSE nicht in der geforderten Höhe von 558.522,05€ beglich, sondern mit 456.558,21€, also ohne die Verzugszinsen.

- a) Auf der Kommunikationsebene kam es zu weiteren schwerwiegenden, nicht mehr herunterzuspielenden Brüchen: Zum einen zwischen ‘den Behörden’ und den Bürger/innen wegen der Einwegkommunikation in Form der Dringlichkeitsanordnung der Bezirksregierung Düsseldorf zur sofortigen Vollziehbarkeit der luftrechtlichen Genehmigung, mit der sie sich autoritär über den laufenden Gerichtsweg hinwegsetzte und

⁸³ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=331424&type=do&>

⁸⁴ die Vereinbarung im Kern: Der Fonds baut die Messehallen und das Konferenzzentrum nach den Plänen der Stadt und bleibt Eigentümerin; gleichzeitig vermietet der Fonds die Gebäude für 30 Jahre an die Stadt, diese wiederum an die Messegesellschaft als Untermieterin. Dabei betragen die Mietkosten für die Stadt über 20 Millionen Euro – pro Jahr; für diese muss sie bei einem Ausfall ihrer Nachmieterin selbst aufkommen, s. <https://www.vergabeblog.de/2009-10-29/koelner-messehallen-eugh-stellt-vergaberechtswidrigkeit-des-neubaus-fest/>

⁸⁵ <http://www.stadtrevue.de/archiv/archivartikel/2367-erschuetternde-bilanz/>

von der die betroffenen Bürger/innen ohnehin nur indirekt durch die Medien erste Kenntnis erhielten. Und zum anderen durch unvollständige bzw. verzögerte Kommunikationszyklen zwischen der Verwaltung und der GSE, wie sie konflikthafte geschäftliche Korrespondenzen auf juristischer Ebene mit sich bringen.

- b) Auf der Inhaltsebene distanzierte sich die Verwaltung ebenso wie der Investor vom vereinbarten ÖPP-Modell – jedoch aus unterschiedlichen Motiven: Die GSE wollte sich aus der ungewissen Geschäftslage herausnehmen und dabei noch möglichst viel Geld machen. Angesichts ihrer Geschäftslogik, möglichst schnell und möglichst einfach größtmöglichen finanziellen Gewinn zu erwirtschaften bzw. in diesem Fall sich finanzieller Belastungen wegen Auflagen und Verpflichtungen zu entledigen, ist es keineswegs undenkbar, dass diese Strategie von Anfang an eine Option war. Die Verwaltung wollte der ungewissen Finanzierungslage mit einem entschlossenen Schritt zur Projektrealisierung in Eigenregie offensiv beikommen. Die engagierten Bürger/innen hatten indes mehr denn je ganz andere Erwartungen an taugliche Lösungskonzepte, und sie sahen in der Entscheidung der Bezirksregierung nichts anderes als einen inhaltlichen Willkürakt vom Schreibtisch aus, den die Planer der Kölner Verwaltung mit einer entsprechend einseitigen Informationspolitik⁸⁶ hatten bewirken können.
- c) Auf der Beziehungsebene stand die Verwaltung noch massiver als zuvor unter dem Druck, keine weiteren reputationsschädigenden ökonomischen Fehler zu machen. Umso mehr fokussierte sich ihre Wahrnehmung auf die vermeintlichen sachlichen Vorteile des Hubschrauberstandorts Kalkberg wie die zentrale Lage, die Verfügbarkeit und Machbarkeit. Und sie sah keine andere Möglichkeit als den Verlust an Legitimations- und Glaubwürdigkeit bei der Öffentlichkeit und Stadtgesellschaft, aber mehr und mehr auch bei der Politik, als Kollateralschaden in Kauf zu nehmen. Der Wirtschaftspartner GSE zeigte nun völlig offen, dass er – und das ist dem Denken und den Interessen seines Bezugssystems nun mal immanent – von Anfang an nur seine finanziellen Gewinnbelange im Auge hatte.

Zu den Folgen: Das Kalkberg-Projekt verzögerte sich weiter, wurde immer skandalträchtiger und teurer.

Beispiel 6 – Die GSE will ihr Problem mit den Altlasten des Chemiemüllbergs auf die Stadt abwälzen und das RPA formuliert erneut schwerste Bedenken gegen den Kalkberg als Hubschrauberstandort; dabei wäre eine dauerhafte und taugliche Alternativlösung, sofern wirklich angestrebt, möglicherweise in Sicht: Fast zur gleichen Zeit machte der Flughafen Köln/Bonn ein Angebot zur dauerhaften Stationierung⁸⁷, vorbehaltlich einer Fauna/Flora/Habitat-Verträglichkeitsprüfung am Hangar 6 inklusive Flugbetriebsgebäude. Plötzlich gab es also möglicherweise eine realistische Alternative, bei der keine neue luftverkehrsrechtliche Genehmigung erforderlich war,⁸⁸ und diese Möglichkeit musste wieder neu geprüft werden, was einmal mehr eine zeitliche Verzögerung mit sich brachte. Im Juni 2011 zog der FKB sein Angebot dann aber wieder zurück, weil eine längerfristige Stationierung der beiden Hubschrauber wegen der unvermeidlichen Versiegelungen doch nicht möglich sei, da dies ein zeitaufwändiges Planfeststellungsverfahren bis hin zu einem Risiko für die eigene Betriebsgenehmigung nach sich ziehen könnte. Die BI Kalkberg machte sich nun wieder verstärkt mit kritischen sachkundigen Hinweisen/ Fragen und öffentlichen Protestaktionen bemerkbar.⁸⁹ Und unter der Voraussetzung, dass sich spätestens jetzt die Erkenntnis der faktischen Untauglichkeit des Kalkbergs als HBS durchgesetzt hätte, wäre die Verwaltung weiterhin massiv in der Pflicht gewesen, andere Möglichkeiten als Alternativstandort ernsthaft zu prüfen – auch und vor allem beim FKB genauer nachzuhaken, was ihn angeblich unwider-

⁸⁶ <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/feuerwehr/hubschrauber/brief-der-stadt-koeln-vom-1-februar-2013-die-regierungspraes>

⁸⁷ WDR-„Lokalzeit Köln“ am 22.01.2011

⁸⁸ <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf37/kalkberg-offener-brief-runder-tisch.pdf>

⁸⁹ <http://kalkberg.kalkpost.de/> und <http://kalkberg.kalkpost.de/?p=376>

ruflich zu der Kehrtwende veranlasst hatte, und ob nicht doch mit gewissen Vereinbarungen und Verbesserungen dort die Lösung zu finden sei. Zumal das Rechnungsprüfungsamt mit ähnlichen Argumenten wie bereits 2006 auch dieses Mal gegen den geplanten Erwerb der Altlast Kalkberg Stellung bezog: pauschale Annahmen, Risiken beim Eingriff in den Kalkberg, unklare Mengenverhältnisse, ungenaue Ermittlungen etc.. Nicht zuletzt war eine Reduzierung der unverhältnismäßig hohen Flächenanteile bei den Nebennutzflächen nicht mehr möglich, die die Stadt seinerzeit durch Wettbewerbsentscheidung selbst in Kauf genommen hatte.

Besonders merkwürdig war dem Rechnungsprüfer aufgefallen, dass im angegebenen 'Bodenwert' des Grundstücks keine Bewertung der Altlast und des andauernden Unterhaltungsaufwands enthalten war. Sein Fazit formulierte er eher zynisch: Nach fast 10jähriger Planung und erheblichen Investitionen sei „ein Standortwechsel kaum mehr möglich“. Gleichwohl ließen sich weitere Kosten und Umweltrisiken nur vermeiden, „wenn die Stadt Köln auf die Betriebsstation am Standort verzichtet. In allen Kostengruppen von Grundstücks- bis Ingenieurskosten blieben Unklarheiten, die eine sichere Bewertung der veranschlagten Kosten in Höhe von 7.127.920,75€ netto (ohne Grundstück- und Ausstattungskosten) ausschlossen.“⁹⁰ Im Klartext war das von jeder/jedem, die/der zu einer unvoreingenommenen Betrachtungsweise bereit war, so zu verstehen: Die GSE wollte einen viel zu hohen Verkaufspreis für etwas, das als Altlast mit unabsehbaren Folgekosten eigentlich nichts wert war. Im Gegenteil: Käme dieser Verkauf so zustande, dann hätte sie sich völlig ungerechtfertigt auf diese Weise Ausgaben, die sie Ende der 1990er Jahre für das Abwasserauffangbecken und andere verpflichtende Sanierungsmaßnahmen sowieso hatte ausgeben müssen, von der Stadt Köln bezahlen lassen. Dies wäre eine sehr komfortable Möglichkeit, sich aus der eigenen Verantwortung für die beim Kauf des CFK-Geländes miterworbenen Altlasten zu stehlen.

Wie dreist und fahrlässig dieser Versuch war, wurde der interessierten Öffentlichkeit erst 2016 bei jener Podiumsdiskussion klar, von der in einem späteren Abschnitt als der einzigen im Sinne eines "konstruktiv kritischen rationalen Diskurs" gelungenen Bürgerinformationsveranstaltung des ganzen über 10jährigen Planungsverfahrens noch die Rede sein wird.

- a) Auf der Kommunikationsebene blieb der wichtige Kommunikationszyklus zwischen den Planern der Verwaltung und dem Rechnungsprüfungsamt unvollständig, weil auf dessen Bedenken nicht eingegangen wurde.
- b) Auf der Inhaltsebene gab es grundlegend unterschiedliche Auffassungen zum Verkaufspreis der Altlast Kalkberg – die allerdings vom Planungsteam nicht sauber herausgearbeitet, sondern mit schwammigen Formulierungen kaschiert wurden.
- c) Auf der Beziehungsebene gab es einen unausgesprochenen Bruch zwischen dem Rechnungsprüfer und dem Planungsteam unter der Federführung des Stadtdirektors.

Zu den Folgen: Das Kalkberg-Projekt verzögerte sich weiter, wurde immer skandalträchtiger und teurer. Doch die Planungsverantwortlichen sahen sich weiterhin – bei unvollständiger Gewichtung wesentlicher Fakten und Informationen – als kompetente Handler, die versuchen ‚zu retten, was noch zu retten ist‘, weil sie trotz aller Komplikationen die HBS auf dem Kalkberg langfristig für die machbarste und beste Lösung halten.

Beispiel 7 – Bürgerinformationsveranstaltung ohne glaubhafte Haltung und wirklich transparente Information: Auch in puncto Bürgerbeteiligung waren der Stadtdirektor und der Leiter der Kölner Berufsfeuerwehr davon überzeugt, von ihrer Seite aus alles richtig zu machen, weil sie am 28.11.2011, vier Wochen vor der Ratssitzung am 20.12.2011, eine „Bürgerinformationsveranstaltung zum Bau der Rettungshubschrauberstation für Köln“ im Berufskolleg Köln-Buchheim stattfinden ließen⁹¹. Die aufgebrachten Bürger/innen der betroffenen Veedel gewannen jedoch sehr rasch den Eindruck, dass es dabei einmal mehr hauptsächlich darum ging, ihnen die Alternativlosigkeit zum Kalkberg zu vermitteln und sie mit einigen Maßnahmen zur Lärminderung, aber auch mit der Aussicht auf

⁹⁰ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=333413&type=do&>

⁹¹ <https://politik-bei-uns.de/file/54a2063e1ae6a019fe28fcef>

einen öffentlich zugänglichen Panoramatum neben dem zukünftigen Hubschrauberhangar zu befrieden. Es wurde versichert, dass nach dem derzeitigen Stand keine Gesundheitsbelastung vom Kalkberg ausgehe, obwohl man bei Untersuchungen Cyanid im Grundwasser festgestellt habe, das Ausmaß aber insgesamt als ungefährlich für die Anwohner und die Besatzung der Hubschrauber einzustufen sei. Auch sei keine Schädigung der Deckschicht in der sanierten Altlast durch die Errichtung der Hubschrauberstation zu erwarten. Bezüglich der Lärmbelastigungen hätten die Auswertungen eines Probeflugs des RTH auf den Kalkberg keine unzulässig hohen Messwerte gezeigt, wohl aber sei eine subjektive Wahrnehmung der Starts und Landungen zu erwarten, weshalb Maßnahmen zum passiven Lärmschutz vor allem öffentlichen Einrichtungen angeboten würden und die nahegelegene Stadtautobahn als Hauptlärmquelle werde mit Flüsterasphalt ausgestattet.

Ein Vertreter des Stadtteilzentrums "Runder Tisch Buchforst"⁹² zeigte sich davon wenig beruhigt, denn das dichtbesiedelte Buchforst sei ausweislich der Lärmkartierung der Stadt Köln ohnehin hochbelastet. Zudem habe sich die Verwaltung bereits 2005 unglaublich gemacht, indem damals behauptet wurde, der Kalkberg wäre die bestuntersuchtete Altlast ohne Schadstoffe; es wären nur Kalkschlämme gefunden worden. Tatsächlich seien aber 2010 Sulfide und 2011 Cyanide nachgewiesen worden, was auch auffällig damit korrespondiere, dass der Grundstückspreis von 1,5 Mio.€ auf 1€ gefallen sei. Das sehe doch ganz danach aus, als sollte die Stadt anstelle der GSE die Sanierungspflicht übernehmen.

Eine Sprecherin des Bürgervereins „Schönes Buchforst e.V.“ zeigte sich verärgert darüber, dass die angekündigten Lärmausgleichsmaßen zu Unrecht als solche 'verkauft' würden, weil diese schon im Rahmen des Projekts "Mülheim 2020"⁹³ angestoßen worden seien. Im Übrigen sei der "Monte Kalk" bereits im Herbst 2010 als Ergebnis eines Workshops "Rechtsrheinische Perspektiven"⁹⁴ von namhaften Landschaftsarchitekturbüros als öffentliches Naherholungsgebiet von eigener Parktypologie mit besonderem Blickpunkt vorgeschlagen worden. Auch forderte sie die Verwaltung auf, die Matrix der Standorte ins Internet zu stellen, und zwar incl. aussagefähiger Daten, da die BI Kalkberg bei der Prüfung des Standorts Kalkberg anhand einer erweiterten Matrix zu einer anderen Rangfolge gekommen sei.

Weitere Teilnehmer/innen brachten ihre Fragen, Kritik und Anmerkungen als Wortmeldungen vor oder konnten sie auf Karteikarten schreiben, die im weiteren Verlauf der Veranstaltung vom Moderator verlesen wurden. Zum Teil gab es noch an diesem Abend Antworten; bezüglich offengebliebener Fragen wurde eine zeitnahe Beantwortung im Internet versprochen. Die Veranstaltung endete mit der Forderung von Bürgerseite nach mehr Transparenz bei der Begründung der Gutachten, die Verwaltung solle die Probleme endlich offen ansprechen und diskutieren. Und die Bürger/innen sollten bei der Vorbereitung der Ratsentscheidung durch gemeinsames Beraten mehr mitwirken können. Keinesfalls solle ein Ratsentscheid wieder wie in 2005 erst gegen Mitternacht erfolgen, sondern als ein Hauptpunkt zu Anfang besprochen werden.

Unter dem Aspekt von erforderlicher Transparenz und Ehrlichkeit war bei dieser Veranstaltung u.a. bemerkenswert, dass der damalige Direktor der Berufsfeuerwehr in einem Einstiegsvortrag weder den geplanten Siedlungsbau in unmittelbarer Nähe des Krankenhaus Merheim und die damit verbundene 1 Mio.€ Investitionskostenhilfe der GAG

⁹² hier findet vierteljährlich eine öffentliche Stadtteilkonferenz statt, bei der sich VertreterInnen aus Verwaltung, Politik, Arbeitskreisen, Buchforster Vereinen/Institutionen sowie interessierte Bürger/innen und Geschäftsleute aus dem Stadtteil zum gemeinsamen Austausch über aktuelle Themen und die allgemeine Situation in Buchforst treffen, s. <http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/planen-bauen/projekte/workshopergebnisse-planungsgebiet-kalksued>

⁹³ das Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 wurde von 2010 bis 2014 in den strukturschwachen Kölner Stadtteilen Buchforst, Buchheim und Mülheim durchgeführt und sollte der Bevölkerung eine bessere soziale und wirtschaftliche Zukunftsperspektive eröffnen. Insgesamt 34 Projekte in den Bereichen Bildung, lokale Wirtschaft und Städtebau sollten eine Entwicklung in diese Richtung anstoßen, siehe <http://www.ksta.de/koeln/muelheim/muelheim-2020-der-abschlussbericht-faellt-durchwachsen-aus-1315450>

⁹⁴ <http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/planen-bauen/projekte/workshopergebnisse-planungsgebiet-kalksued> und http://kalkberg.kalkpost.de/?page_id=536

erwähnte, noch den Einfluss, den die damals mit der GSE vereinbarte ÖPP bei der Entscheidung für den Kalkberg als der neuen Hubschrauberbetriebsstation hatte. Er beließ es bei der folgenden Formulierung: „Nachdem die Änderungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Genehmigung der Anlage und des Betriebs von Hubschrauberflugplätzen in 2004 angekündigt worden sind, war klar, dass die bestehende Station in Merheim diesen Vorschriften nicht mehr entsprechen wird. Es wurde eine Alternative gesucht.“⁹⁵ Und der Stadtdirektor verschwieg trotz Nachfrage aus dem ‘Publikum’ die vom Rechnungsprüfungsamt massiv formulierten Bedenken gegen den Erwerb des Kalkbergs durch die Stadt, indem er aus dem eigentlichen Sinnzusammenhang herausgerissene Satzteile anführte: „Das RPA hat nicht empfohlen, die HBS nicht zu bauen, sondern die Empfehlung, den Kalkberg zu kaufen, ausgesprochen, da es keine Alternative gibt.“⁹⁶

- a) Auf der Kommunikationsebene gab es Nichtantworten⁹⁷ der Verwaltungsvertreter bei wichtigen Fragen aus der Bürgerschaft, so z.B. bezüglich der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamts und bezüglich der von Anfang an gegebenen Interessenslage für den Standort Kalkberg. Auch gab es ungenügende Transparenz, weil wichtige Dokumente wie z.B. die aktualisierte Bewertungsmatrix zur Standortauswahl nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Zudem gab es durch die bei der Veranstaltung offen gebliebenen auf Karteikarten formulierten Fragen Kommunikationsverschleppungen, weil diese erst viel später und in wichtigen Teilen unzureichend via schriftlicher Mitteilung auf der Website der Stadt beantwortet wurden.
- b) Auf der Inhaltsebene gab es neben den grundsätzlichen Differenzen bezüglich der Standorttauglichkeit des Kalkbergs unterschiedliche Einschätzungen bei der Einordnung der von der Verwaltung angekündigten Verbesserungsmaßnahmen z.B. bezüglich der Lärmbelastung, weil diese in anderem Zusammenhang sowieso schon geplant waren.
- c) Auf der Beziehungsebene konnte das bestehende Misstrauen der engagierten Bürger/innen aufgrund der in a und b genannten Kommunikationsbrüche durch unaufgearbeitete unterschiedliche Sichtweisen bzw. Missverständnisse nicht abgebaut werden.⁹⁸

Zu den Folgen: Zu Beginn der Ratssitzung am 20.12.2011 kam es zu Bürgerprotestaktionen vor dem Rathaus.⁹⁹ Auch ein vom Moderator der Veranstaltung vorgeschlagenes Treffen von Verwaltungsmitarbeitern mit Vertreter/innen der BI Kalkberg, dem Bürgerverein und dem Runden Tisch Buchforst zur gemeinsamen Aktualisierung der Entscheidungsmatrix, das wenige Tage danach stattfand, hatte die unterschiedlichen Bewertungen der geprüften Alternativstandorte nicht zu einer tragfähig übereinstimmenden Schnittmenge gebracht. Dies umso mehr, als auf dieser Liste auch der potenzielle Standort Kurtekotten als ungeeignet eingetragen war. Der Segelflughafen Kurtekotten bei Flittard¹⁰⁰ an der Stadtgrenze zu Leverkusen war von der Verwaltung mit zwei KO-Kriterien bedacht worden: „zu hoher Lärm aufgrund des Wohnanteils im Umkreis von 300 Metern“ und „zu langwierige und ungewisse Realisierungsdauer“¹⁰¹. Dies war den Bürgervertreter/innen aus Buchforst keineswegs zwingend nachvollziehbar. Zum einen weil dieser Standort in Richtung Westen zwar teilweise an eine Golfanlage grenzt und im Norden (bei einer Standortfläche im Süden des Flughafengeländes) in ca. ein Kilometer Entfernung eine kleine Leverkusener Stadtrandsiedlung mit hochwertigen Eigenheimimmobilien beginnt¹⁰² – im Osten und Süden aber von völlig offenem,

⁹⁵ <https://politik-bei-uns.de/file/54a2063e1ae6a019fe28fcef> , S. 1

⁹⁶ ebd. S. 8

⁹⁷ etwas sagen, das nur scheinbar einen Bezug zu dem hat, was zuvor vom anderen gesagt oder gefragt wurde, s. Themenbrief TEIL C, S. 12

⁹⁸ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=340350&type=do&>

⁹⁹ <http://kalkberg.kalkpost.de/?p=376>

¹⁰⁰ diese aktualisierte Matrix lag seit dem 11.11.2012 verwaltungsintern als Anhang der Beschlussvorlage für die kommende Ratssitzung vor; Kurtekotten hatte bei der Bürgerversammlung keine Erwähnung gefunden

¹⁰¹ <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=341751&type=do&>

¹⁰² deren Besitzer konnten sich im juristischen Sinn wohl kaum gestört fühlen, weil sich sonst, anders als bei den Anrainern des Kalkbergs, in diesem Fall die Privatinteressen von wenigen Privilegierten gegen ein übergeord-

unbebautem Gelände umgeben war/ist¹⁰³. Zum anderen war ihnen nicht plausibel, aus welchen Gründen eine teilweise bereits vorliegende luftrechtliche Genehmigung nicht hätte entsprechend erweitert werden können, selbst wenn dies durch die dort zu befragenden Bürger aufgrund von deren Eigenheim- und Golfplatzinteressen ebenfalls zu gewissen zeitlichen Verzögerungen kommen könnte.

Beispiel 8 – Auch die in Köln weitgehend ehrenamtlich arbeitenden Ratsmitglieder können ihre Arbeit nur auf der Basis gut machen und optimale Entscheidungen treffen, dass sie über größtmöglich transparente Informationen sowie über projektspezifisches Hintergrundwissen und über genügend Vorbereitungszeit verfügen:

Am 20.12.2011 beschloss der Stadtrat die Weiterplanung der HBS auf dem Kalkberg sowie den Ankauf des Geländes. Es gab, wie bei Ratssitzungen allzu häufig, mehr Polemik, Behauptungen und taktische Rhetorik denn Austausch von sachlichen Argumenten.¹⁰⁴ 26 TOPs mit vielen Unterpunkten standen auf der Liste¹⁰⁵, und allein die Beschlussvorlage zum Kalkberg¹⁰⁶ war 23 Seiten lang mit 30 angehängten Dateien¹⁰⁷. In ihr standen entscheidungsrelevante Faktoren derart verkürzt formuliert, dass Ratsmitglieder, die in Anbetracht der vor solch einer Sitzung auf sie einströmenden Papierflut auf das sorgfältige Lesen der 30 Anhänge verzichtet hatten, nicht dazu in der Lage waren, die tatsächlichen Fakten hinreichend in ihrem vollen Kontext zu erfassen. Somit hatten sie den beschwichtigenden bis falschen Aussagen des Stadtdirektors nichts entgegenzusetzen – eine schlechte Voraussetzung, um schließlich eine wirklich kluge Entscheidung zu treffen.

So stand z.B. auf Seite 19 der durch Weglassen manipulierende Satz: „Das Rechnungsprüfungsamt hat die Baukostenberechnung unter der RPA-Nummer KOB 2011/1700 geprüft, siehe Anlage 13.“ – Kein Wort von der fundierten Kritik in der Stellungnahme des Rechnungsprüfers! Ein weiteres Beispiel auf Seite 2: „Die (flugrechtliche) Genehmigung ist vom Verwaltungsgericht Köln am 20.07.2011 durch erstinstanzliches Urteil aus formalen Gründen bestätigt worden.“ – Kein Wort davon, dass dies nichts mit inhaltlichen Gründen zu tun hatte, so wie man es als Normalbürger ohne Kenntnisse im Juristenfachjargon durchaus missverstehen kann, sondern die Klägerin im Juli 2010 verstorben war und die Klagebefugnis der Hinterbliebenen abgelehnt wurde!

Was sich dreieinhalb Jahre später im April 2015 mit Rissen im gerade erst gebauten Hubschrauberhangar und mit einer Bodenabsenkung von 12 cm als nicht nur manipulierende, sondern geradezu unverantwortliche Fehlinformation herausstellte, war die Behauptung auf Seite 10: „Durch ingenieurgeologische Gutachten wurde nachgewiesen, dass die abgelagerten Abfälle die geplante Maßnahme nur in geringem Maße beeinflussen und dem Betrieb einer Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg nicht entgegenstehen.“ – Selbst jenen gut vorbereiteten Ratsmitgliedern, die alle angehängten Dateien aufmerksam studiert hatten, war wohl der kleine Absatz im Gutachten der DMT-Bergbau Service GmbH vom 2.12.11 entgangen, aus dem hervorging, dass bisher noch nie mehr als 6 (!) Meter tief in den Kalkberg hineingebohrt worden war.¹⁰⁸

Im Rahmen ihrer Untersuchungen zur Altlastensituation und möglichen ergänzenden Sanierungen hatte diese Firma zwar den Untersuchungsstand bezüglich Grundwasserbelastungen dokumentiert, nicht aber statische Unsicherheitsfaktoren im Fokus gehabt. Auch die eigentlich nicht zu überlesenden massiven Hinweise auf nachgewiesene und unabsehbar drohende Giftstoffeinsickerungen sowie auf die wirtschaftliche Unverhältnis-

netes Gemeinwohlinteresse durchsetzen würden; wie ich in einem vertraulichen Gesprächsrahmen erfahren habe, wurde dieser Faktor auf 'informellem' Wege dennoch zur Geltung gebracht

¹⁰³ <https://www.google.de/maps/search/segelflughafen+kurtekotten,+K%C3%B6ln/@51.0181624,7.0228916,14z/data=!3m1!1e3>

¹⁰⁴ s. Mitschrift der Ratssitzung vom 20.12.1011, S.30-34

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=347556&type=do&>

¹⁰⁵ https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0040.asp?_ksinr=6136

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=331424&type=do&>

¹⁰⁷ https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=30577&search=1

¹⁰⁸ „Im Rahmen von ingenieurgeologischen Untersuchungen im zukünftigen Baubereich sind 2005 die oberen 6 Meter des Kalkbergs aufgeschlossen worden. (S. 24) Die Zusammensetzung des tieferen Haldenkörpers ist bis jetzt nicht erkundet worden.“ (S. 26) <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=339439&type=do&>

mäßigkeit von entsprechend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen hätten mit klarem sachlichen Blick zu einem ablehnenden Ratsbeschluss führen müssen.¹⁰⁹ Im vollständig zur Kenntnis genommenen Kontext ist die in der Ratsvorlage angeführte Bemerkung des Gutachters, dass die mit der Errichtung der Hubschrauberrettungsstation verbundenen Versiegelungsmaßnahmen zu einer weiteren Verringerung des Sickerwasseranfalls führen würden und das Bauwerk im Hinblick auf die Minimierung von Schadstoffausträgen als positiv einzustufen sei, eigentlich auch nicht als Plus-, sondern als Minuspunkt zu verstehen.¹¹⁰ Gleiches gilt für die vom Stadtdirektor als 'Planungssicherheit' angeführte Garantie, dass der Kalkberg niemals abgetragen werden würde – der zu hohe finanzielle Aufwand und die negative Ökobilanz als Gründe hierfür blieben unerwähnt. Und diese Liste der sinnverfälschenden Weglassungen ließe sich fortsetzen.

- a) Auf der Kommunikationsebene gab es aus mehreren Gründen eine Reihe von unvollständigen Kommunikationszyklen: Zum einen hätten die Ratsmitglieder in zu kurzer Zeit zu viele Papiere lesen müssen, um anschließend bestätigen zu können, dass sie die dort angeführten Informationen empfangen und verstanden hatten, so dass sie dann mit fundierten Argumenten dazu hätten Stellung beziehen können¹¹¹. Zum anderen wurden ihnen wesentliche Fakten und Sinnzusammenhänge in der Beschlussvorlage faktisch vorenthalten bzw. gab es sogar echte Fehlinformationen.
- b) Auf der Inhaltsebene gab es bei den Ratsmitgliedern untereinander, aber auch im Vergleich zur Verwaltung durchaus verschiedene Einschätzungen der Situation des Kalkberg-Projekts, die ohne genügend fundierte Faktengrundlage und ohne echten "konstruktiv kritischen rationalen Diskurs" weder zu einem gemeinsamen Verständnis noch zu einer guten Entscheidung führen konnten.
- c) Auf der Beziehungsebene gab es bei vielen Verantwortlichen eine Verunsicherung, weil sie sich nicht damit wohlfühlten, allein auf die vom Stadtdirektor präsentierten Informationen angewiesen zu sein, auf den sie sich jedoch aufgrund von dessen Rolle und Aufgabe verlassen können 'mussten'. Zudem waren sie angestrengt von den vielen Pannen und Unwägbarkeiten der vorangegangenen Planungsjahre. So sagte z.B. ein Abgeordneter des Gesundheitsausschusses in dieser Ratssitzung vom 20.12.2011: „ ... nachdem die Klage abgewiesen ist, sollten wir froh sein, das Thema endlich vom Tisch zu kriegen“.¹¹²

Zu den Folgen: Die Ratsentscheidung für die Weiterplanung der HBS auf dem Kalkberg und für den Ankauf des ganzen Geländes machte einen Ausstieg und die ernsthafte Suche nach einem geeigneten Alternativstandort noch schwieriger, weil dieser fortan ohne katastrophalen Gesichtsverlust und ohne sehr viel höhere finanzielle Mehrkosten nicht möglich gewesen wäre bzw. ist. Von nun an nahm sozusagen 'das Schicksal seinen Lauf' hinein in eine Katastrophe, die nur von den sachkundigen Kritikern vor Ort frühzeitig befürchtet worden war. Und zwar auf der Basis des gesunden Menschenverstandes, weil auch ihnen zu diesem Zeitpunkt noch nicht wirklich klar war, dass ernsthafte Untersuchungen zur statischen Belastbarkeit der Halde niemals durchgeführt worden waren!

¹⁰⁹ ebd.: „Entsprechend der vorliegenden Datenlage kann ein weiterer (Cyanid-)Schadstoffeintrag durch Elution und Verlagerung über den Sickerwasserpfad und/oder durch einen zeit- und bereichsweisen Kontakt belasteter Auffüllungen mit dem Grundwasser nicht ausgeschlossen werden.“ (S. 26) Zu möglichen Sicherungs-/Sanierungsvarianten: „Bei einer Einkapselung (ca. 1 km Spundwand um den Kalkberg) handelt es sich um einen erheblichen Eingriff in das Grundwasser mit Risiken durch den damit verbundenen Aufstau des Grundwassers im Anstrom sowie einer negativen Ökobilanz durch den Bau. Ein Abtrag des Kalkbergs ist aufgrund der äußerst negativen Ökobilanz (LKW-Fahrten) ausgeschlossen.“ (S. 31) „Vorbehaltlich der Ergebnisse ergänzender Untersuchungen kann eine Einkapselung als sehr wahrscheinlich wirtschaftlich unverhältnismäßig und im Hinblick auf das Ziel einer langfristigen Grundwasserverbesserung als wenig wirksam eingestuft werden.“ (S. 34)

¹¹⁰ ebd. S. 27

¹¹¹ Auch wenn die Fraktionen für bestimmte Themenbereiche ihre Ausschussmitglieder haben, die die anderen mit der jeweiligen Sachlage vertraut machen, ändert dies oft nichts an der Problematik der Informationsüberflutung und der nicht hinreichenden Kenntnisse vor Ort einschließlich der Tragweite und der tatsächlichen konkreten Konsequenzen der getroffenen Entscheidungen

¹¹² http://kalkberg.kalkpost.de/?page_id=569

Beispiel 9 – Grünes Licht für den tatsächlichen Baubeginn trotz vieler Ungereimtheiten: Am 28.6.2012 bekräftigte der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung, den Kalkberg von der GSE zu kaufen, nachdem nun der konkrete Preis ausgehandelt war – und zwar für 465.670€! Um den Bedenken des Rechnungsprüfungsamts scheinbar Genüge zu tun, hieß es, die 77.684 Quadratmeter große Fläche der CFK-Deponie werde für den symbolischen Preis von 1€ erworben. Die damit verbundene Übernahme sämtlicher weiterhin anfallenden Sanierungspflichten wurde mit den Argumenten heruntergespielt, dass zwar weitere Detailuntersuchungen bezüglich der Cyanidbelastung erforderlich seien, die Kosten dafür beim Kaufvertragsentwurf aber berücksichtigt wurden und es bereits entsprechende finanzielle Rückstellungen gebe. Überhaupt gelte es einzugrenzen, ob der Kalkberg die eigentliche Belastungsursache sei. Ansonsten hielt die Verwaltung Untersuchungen über das beschriebene Maß hinaus nicht für erforderlich.¹¹³ Der Kaufpreis in Höhe von 465.670€ bezog sich auf zwei zur Realisierung des Projekts zwingend notwendige Nebenflächen von 322qm für 16.100€ und 4087qm für 449.570€. Das kleinere Teilstück sei von der Stadt bereits vor Jahren zum öffentlichen Fuß- und Radweg ausgebaut worden, weshalb die dort angesetzten 50€ pro Quadratmeter an marktübliche Straßenlandpreise in diesem Bereich angelehnt seien. Die 110€ Quadratmeterpreis für die größere Fläche einschl. des von der GSE angelegten Oberflächenwasserauffang-beckens erkläre sich damit, dass sie von der GSE saniert und vom Umweltamt als alllastenfrei testiert worden sei. Der Verkehrswert beziehe sich also auf ein alllastenfreies Grundstück, was die Anrechnung der angefallenen Sanierungskosten auf den Kaufpreis rechtfertige. Damit hatte die Stadt letztendlich doch der dreisten Forderung der GSE entsprochen, obwohl diese mit dem Erwerb des gesamten Geländes der Chemischen Werke Kalk Ende der 1990er Jahre zur Sanierung der Sondermülldeponie verpflichtet gewesen war und zudem mit dem Teilgrundstück nichts hätte anfangen können, weil eine Bebauung nach dem zu dieser Zeit gültigen Planungsrecht nicht zulässig war.¹¹⁴

Ein erster Notartermin am 24. Oktober 2012 platzte, nachdem ein Mitglied der Bürgerinitiative Kalkberg an der Nordwestflanke der Deponie größere Mengen Altöl im Erdreich entdeckt hatte. Die Stadt gab weitere Bodenproben in Auftrag und ließ sie analysieren. Ergebnis: Es solle sich nicht um eine weitreichende Verschmutzung, sondern um einen lokal begrenzten Fall von illegaler Altölentsorgung handeln. Daraufhin wurde ein neuer Notartermin für den 18.3.2013 vereinbart. Für Tim Scheuch, den studierten Geologen und Fachmann aus der Bürgerinitiative Kalkberg, sah die Situation nun folgendermaßen aus: „Trotz ihrer desolaten Haushaltslage geht die Stadt hier ein unkalkulierbares Risiko ein. Es ist unverantwortlich, dass sie den privaten Eigentümer GSE aus der Sanierungspflicht entlässt und alle Folgekosten dem Steuerzahler aufbürdet. Der gesellschaftliche Nutzen wird hochgeredet, die Risiken und Kosten werden ausgeblendet.“¹¹⁵

Doch der Stadtdirektor zeigte sich weiterhin von der Sinnhaftigkeit der HBS auf dem Kalkberg unerschütterlich überzeugt und verkündete in dem gleichen Zeitungsartikel vom 27.3.2013, er habe längst die Durchführung von Rodungsarbeiten angeordnet und es sei mit der Trassierung der Erschließungsstraße begonnen worden. Einige Tage danach gab die Stadt einen neuen Newsletter heraus, in dem die Pläne dargestellt wurden; als gedruckte Infobroschüre erhielten nun auch alle Anwohner die Nachricht von den vollendeten Tatsachen ins Haus. Für solcherlei Öffentlichkeitsarbeit waren in der damaligen Kostenkalkulation 25.000€ enthalten. Die Gesamtkosten für die HBS wurden mit 11.342.500€ dargestellt; mit einberechnet neben den rein investiven Kosten für die Station (10.917.500€ incl. 20 Prozent Risikozuschlag) waren 400.000€ zur Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen in öffentlichen Einrichtungen, so wie sie die Bezirksregierung Düsseldorf als Nebenbedingung der luftrechtlichen Genehmigung gefordert hatte. Für den von den BIs geforderten und wenigstens als Kompromiss in Aussicht gestellten öffentlich

¹¹³ <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/feuerwehr/hubschrauber/brief-der-stadt-koeln-vom-1-februar-2013-die-regierungspraes>

¹¹⁴ ebd.

¹¹⁵ <http://www.rundschau-online.de/region/koeln/ehemalige-deponie-die-stadt-hat-den-kalkberg-gekauft-5396000>

zugänglichen Panoramatum hatte man zwar die prinzipielle Machbarkeit geklärt, für dessen Finanzierung standen allerdings keine Gelder zur Verfügung.

- a) Auf der Kommunikationsebene gab es ein weiteres Mal eine Reihe von unvollständigen Kommunikationszyklen mit den entsprechenden Brüchen: So waren weder die Politiker/innen noch die Bürger/innen über das aktuelle Geschehen informiert, sondern sie erfuhren erst im Nachhinein auf schriftlichem Wege davon. Die letzte, ohnehin vom Baugesetzbuch vorgeschriebene förmliche Informationsveranstaltung für die benachbarten Mieter und Wohnungseigentümer hatte am 22.8.2012 im Stadthaus Deutz, dem technischen Rathaus, stattgefunden. Das nunmehr vermeintlich problemlos zu realisierende Kalkberg-Projekt hatte ja grünes Licht bekommen und die ersten praktischen Schritte waren mit Rodungen für die Hangarplattform bereits begonnen. Vor allem die Trassierung für die Zufahrtstraße, auf der dann Tanklastwagen mit 40 Tonnen Gesamtgewicht das Kerosin für die Hubschrauber hochtransportieren sollten, erwies sich später als schwerwiegender Fehler. Was den BIs und den sie unterstützenden Aktionskampagnen an Kommunikation übrigblieb, war der phantasievolle und gewaltfreie Protest wie z.B. der des Projekts "Utopia Kalk" von den "Rheinischen Rebellen" unter dem Namen des Schauspiels Köln¹¹⁶. Doch auch diese Agitationskünstler/innen durften den inzwischen eingezäunten Hügel nicht mehr betreten.
- b) Auf der Inhaltsebene gab es weitere fundamentale Brüche, weil die Situations einschätzung der kritischen Fachleute auf Seiten der BI völlig der auf Seiten der Verwaltung und der von ihr beauftragten externen Planungsbüros widersprach. Doch noch war nicht herausgekommen, dass der Kalkberg bis dato nicht seriös auf seine statische Belastbarkeit hin untersucht worden war. Niemand hatte es wohl für möglich gehalten, dass die GSE dies trotz ihres Angebots der ÖPP tatsächlich unterlassen hatte. Dabei hätten sowohl die Verwaltung als auch die durch sie informierte Politik bereits im Jahr 2005 sorgfältiger nachhaken müssen, anstatt es bei dem zu belassen, was aus einer Ratsvorlage vom 4.4.2005 hervorging: „Im Hinblick auf die notwendige Bebauung muss die Bodenstatik durch ein bodenständiges Gutachten bestätigt werden. Bei einem Ortstermin mit der Firma UBC, Umwelt und Baugrund Consult GmbH, Umweltgeologisches Gutachten Kalkberg I Westumgehung Kalk vom 07.07.1997, wurde der Untergrund für eine geplante eingeschossige Bebauung bereits als ausreichend tragfähig eingeschätzt.“¹¹⁷
- c) Auf der Beziehungsebene war jetzt völlig offenkundig, dass die wenigen bisher über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus durchgeführten Bürgerinformationsveranstaltungen nur als Versuch der Befriedung von Protesten durchgeführt worden waren. Auch in Kreisen der Politik wuchs allmählich ein Missbehagen darüber, mehr und mehr zum Erfüllungsgehilfen gemacht zu werden für die Ambitionen eines aus dem Stadtdirektor, dem Chef der Berufsfeuerwehr Köln und dem Leiter des ärztlichen Rettungsdienstes bestehenden 'Triumvirats'.

Zu den Folgen: Mit den ersten tatsächlich durchgeführten Baggerarbeiten und Eingriffen in die sensible Statik des Kalkbergs rückte die "Stunde der Wahrheit" näher – zumindest bezüglich der technischen Fahrlässigkeiten und krassen Fehleinschätzungen.¹¹⁸ Und nach wie vor gilt:

***Im Scheitern wie im Gelingen liegt gleichermaßen die Chance, daraus zu lernen.
Ersteres erfordert den Mut zur realistischen Konfrontation dessen, was ist.
Letzteres ermutigt dazu, mit den erfolgreichen Schritten weiterzumachen.***

¹¹⁶ http://kalkberg.kalkpost.de/?page_id=615

¹¹⁷ s. <https://politik-bei-uns.de/file/585b3c341ae6a05933e71945/download>, S.13

¹¹⁸ s. Seite 5 ff

Fazit: Das in Themenbrief TEIL B, C und D vorgestellte theoretische und praktisch anwendbare Rüstzeug erweist sich als hilfreich für die Analyse und Evaluation von Bürgerbeteiligungsprojekten sowie für deren erfolgreiche Gestaltung: An dem hier in TEIL E in sachlich notwendiger Ausführlichkeit dokumentierten Beispiel HBS auf dem Kölner Kalkberg zeigt sich, dass die in Teil B vorgestellten Indikatoren des "konstruktiv kritischen rationalen Diskurs" und die in Teil C vorgestellten grundlegenden kommunikationstheoretischen Zusammenhänge sowie die in TEIL D vorgestellte Stakeholderanalyse und das Beteiligungsscoping sehr gut dazu geeignet sind, wesentliche Qualitätskriterien von Bürgerbeteiligung bei Projekten zu evaluieren, für die eine solche vorgesehen ist und durchgeführt wird. Auch taugen sie dazu, entsprechende Verbesserungen zu gestalten. Ebenso können damit Defizite und nachteilige Folgen bei Projekten ohne Bürgerbeteiligung analysiert werden, welche mit einer tauglichen Bürgerbeteiligung besser und effektiver hätten gestaltet werden können.

Und dies in mehrfacher Hinsicht, wie auch die bundesweiten Erfahrungen langjähriger Praktiker zeigen. So z.B. die der Ingenieure/innen des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), dessen Richtlinie 7000¹¹⁹ darauf aufbaut, dass taugliche und gelingende Bürgerbeteiligungsverfahren bei Projekten von großem öffentlichen Interesse mit hoher Wahrscheinlichkeit – also wesentlich häufiger als ohne – zu einem am besten dienlichen Ergebnis führen, und zwar: a) in der jeweiligen Sache selbst (Projekt, strategische Planung etc.), b) im vertrauensvollen und konstruktiv kritischen Umgang miteinander bei der Planung und Realisierung, sowie c) bei der Kostenersparnis. Der VDI hat hierbei auch die hohe Bedeutung von gelingender Kommunikation erkannt, weshalb er mit der Richtlinie 7001¹²⁰ nun schon seit Jahren für alle Stakeholder¹²¹ entsprechende Schulungen für kommunikative Kompetenz durchführt.

Zur Transparenz siehe auch das Impulspapier der Allianz Vielfältige Demokratie zur Erneuerung demokratischer Beteiligung, an dem der Verfasser dieses Themenbriefs mitgewirkt hat; diese Allianz ist ein bundesweites Austauschforum zur Entwicklung und Implementierung praxistauglicher Lösungen.¹²²

¹¹⁹ seit 160 Jahren gibt der VDI wichtige Impulse für neue Technologien und technische Lösungen für mehr Lebensqualität, eine bessere Umwelt und mehr Wohlstand; mit rund 155.000 persönlichen Mitgliedern ist er der größte technisch-wissenschaftliche Verein Deutschlands. Die VDI 7000 richtet sich vorrangig an private und öffentliche Vorhabenträger, ist aber für Behörden, Ingenieurbüros, Gutachter, Kanzleien, zivilgesellschaftliche Gruppen, Kommunikationsagenturen und Prozessgestalter ebenso relevant. Sie wurde auf Basis einer systematischen Analyse erfolgreich durchgeführter Projekte entwickelt; Experten für Beteiligungsverfahren, Kommunikatoren und Ingenieure von privaten und öffentlichen Vorhabenträgern sowie Vertreter von Landes- und Bundesbehörden, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Verbänden haben daran mitgearbeitet, <https://www.vdi.de/wirtschaft-politik/fruehe-oeffentlichkeitsbeteiligung/die-vdi-7000-auf-einen-blick/>,

¹²⁰ die Richtlinie VDI 7001 gibt in komprimierter Form Grundprinzipien und Standards, die eine gute Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung ermöglichen; sie richtet sich vorwiegend an Ingenieur/innen als Vorhabenträger, General- und Fachplaner/innen, Projektsteuerer/innen, ausführende Unternehmer/innen, ebenso an Behördenvertreter/innen und Vertreter/innen von Verbänden, Bürgerinitiativen, -vereinen etc. <https://www.vdi.de/technik/fachthemen/bauen-und-gebauedetechnik/fachbereiche/bautechnik/richtlinien/richtlinienreihe-vdi-7001-kommunikation-und-oeffentlichkeitsbeteiligung-bei-planung-und-bau-von-infrastrukturprojekten/>,

¹²¹ engl. *Stakeholder*=Teilhaber; hier eine Person oder Gruppe, die ein berechtigtes Interesse am Verlauf oder Ergebnis eines Prozesses oder Projektes hat; bei Wohnungsbauvorhaben ab einer gewissen Größe, welche auch Auswirkungen auf die Stadtentwicklung und die Belange des Gemeinwohls haben, sind dies z.B. der Investor, der Bauherr, die Planer und ausführenden Firmen, ebenso die zukünftigen Wohnungskäufer oder Mieter, Vertreter der Anrainer und der interessierten Einwohnerschaft, der Lokalpolitik und der Verwaltung etc.

¹²² www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/170509_Impulspapier_Mitreden_Mitgestalten_Mitentscheiden.pdf und Handreichung für Projektverantwortliche www.vdi.de.....

Weitere Teile dieses Themenbriefs setzen sich vertieft u.a. mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten auseinander: – Transparenz und effektive Kommunikationsmedien/-wege – optimale Teambildung und prozessuale Projektbegleitung in Verzahnung mit der in Köln 2017 begonnenen Verwaltungsreform – sowie mit Medienkompetenz, Realitätscheck und gesellschaftliche Einordnung im Spektrum unterschiedlicher Ideologien etc.

In diesem Sinne viel Spaß beim Lesen und Anwenden



Werner Keil

Mitgründer Köln Mitgestalten – Netzwerk für
Beteiligungskultur

Kurzvita

Geb. 1952, Studium der Pädagogik, Psychologie und
Soziologie

Psychotherapeut (Bioenergetik, Core Energetics)

Trainer für Kommunikation u. Konfliktmanagement

Mitarbeit Allianz Vielfältige Demokratie

Einladung des Bundespräsidenten zum Forum Bellevue:
„Zukunft der Demokratie“

www.koelnmitgestalten.de

www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/vielfaeltige-demokratie-gestalten

www.bundespraesident.de/DE/Bundespraesident/Forum-Bellevue/Forum-Bellevue-node.html